

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de



1 / 2006

Bundestagswahl 2005:

„Wahlkampf der Fehleinschätzungen“

Die vorgezogene Bundestagswahl war das prägende Ereignis in der deutschen Politik des Jahres 2005. Führende Experten analysierten den Wahlkampf, das Ergebnis und die Konsequenzen. „Der ungewöhnlichste Wahlkampf“ und „noch nie hat eine Partei einen so großen Vorsprung in so kurzer Zeit so gründlich verspielt wie die Union in den Monaten Mai bis September 2005“ – in diesen Einschätzungen waren sich Teilnehmer und Referenten einig.

Seite 3



Wahlforscher Richard Hilmer:
Keine Wechselstimmung

Versuche einer Bilanz des neuen Deutschlands



Berührende Augenblicke und bewegende Momente in Tutzing: Hans-Jochen Vogel (links) dankte seinem politischen Gegenspieler Wolfgang Schäuble für dessen Verdienste um die Schaffung der Deutschen Einheit. Zusammen mit Markus Meckel, Rainer Eppelmann und Richard Schröder erinnerten sie an die aufregende Zeit der friedlichen Revolution in der DDR und den beginnenden Prozess der Deutschen Einheit.

Fotos: Schröder

Mit zwei sehr unterschiedlichen Tagungen erinnerte die Akademie an die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 von der friedlichen Revolution in der DDR über den Mauerfall und die Öffnung der Grenzen bis hin zur Realisierung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands. Ehemalige und aktive Politiker aus Ost und West, Wissenschaftler und Journalisten wagten sich an eine Bilanzierung des Erreichten und der noch offenen Probleme auf den verschiedenen Feldern der Politik.

Seite 10

Neue Ministerin in Tutzing

Wenige Tage nach ihrer Amtsübernahme wies die neue Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Emilia Müller, bei ihrem ersten Besuch in der Akademie auf die unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten hin. Diese erschwere zunächst zwar die Konsensbildung, man dürfe darüber aber nicht die historische Dimension der Einigung Europas sowie ihre stabilisierende Funktion für die Sicherheit und den Wohlstand des Kontinents vergessen. Müller sprach im Rahmen einer Tagung über die Ostpolitik der EU.



Seite 29

Weitere Themen im Heft:

Politiker im Medienstress

Seite 16

Zeitbombe Demografie

Seite 20

Islamismus als Herausforderung und Bedrohung

Seite 24

Macht und Verantwortung – die Rolle der Global Players

Seite 34

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Bundestagswahlkampf 2005:</i> Pleiten, Pech und Pannen bei der Union	3
<i>Akademiegespräch im Landtag:</i> Wählerstimmungen und Wählerstimmen	7
Mit einer friedlichen Revolution die Teilung überwunden	10
Neues Deutschland?	13
Politiker im Medienstress	16
Zwischen den Stühlen	18
Die demografische Zeitbombe	20
Islamismus als Herausforderung und Bedrohung	24
Geld oder Liebe?	27
Interesse an einer aktiven Ostpolitik der EU	29
<i>Welthandelsorganisation:</i> Zwischen Handelskonflikten und neuer Weltwirtschaftsordnung	31
<i>Global Players:</i> Macht und Verantwortung	34
Abschied von der Politik	37
Jazz meets Brahms	37
Pressespiegel	38
Jahresbibliografien / Rezensionen	40
Themen – Tagungen – Termine	42
Förderkreis	47
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	48

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Saskia **Hieber**, M.A.
Internationale Politik

Stefan **Köppl**, M.A.
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

PD Dr. Michael **Piazolo**, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**, M.A.
Politische Ethik, Grundwerte

Organisationsreferat:

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Karin **Siebert**, M.A.

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Pleiten, Pech und Pannen bei der Union

Experten analysieren einen „Wahlkampf der Fehleinschätzungen“

Die vorgezogene Bundestagswahl war das prägende Ereignis in der deutschen Politik des Jahres 2005. Unter der Leitung von Heinrich Oberreuter analysierten führende Experten den Wahlkampf, das Ergebnis und die Konsequenzen. „Der ungewöhnlichste Wahlkampf“ und „noch nie hat eine Partei einen so großen Vorsprung in so kurzer Zeit so gründlich verspielt wie die Union in den Monaten Mai bis September 2005“ – in diesen Einschätzungen waren sich die Teilnehmer und Referenten der Tagung „Wahljahr 2005: eine Bilanz“ einig.

Fehlen einer Strategie

In der Eröffnungsrunde (Strategien, Methoden und Probleme des Wahlkampfes) analysierten die Wahlkampfexperten Mathias Machnig und Wolfgang Gibowski die Kampagnen der beiden großen Parteien. Auch hier lagen die beiden Referenten im Grundtenor auf einer Linie: Im wesentlichen waren es eklatante Wahlkampfpfater der Union, die das Erstarken der SPD und somit den knappen Wahlausgang noch ermöglichten. Schrieb Wolfgang Gibowski dies noch unter anderem der Unerfahrenheit der Unions-Wahlkampfmannschaft zu, so diagnostizierte Mathias Machnig das Fehlen eines strategischen Zentrums und einer entsprechenden Strategie bei der Union. Vielmehr habe man in einem „Wahlkampf der Fehleinschätzungen“ geglaubt, den Sieg schon sicher zu haben. Machnig und Gibowski diagnostizierten unisono eine Umkehrung der Rollen: Die „gefühlte Kanzlerin“ habe mit ihrer Partei einen Regierungswahlkampf mit detaillierten und unbequemen Programmen geführt, während die SPD mit Gerhard Schröder in Oppositionsmanner diese Programme angriff. Da die wesentlichen Bestimmungsfaktoren

beim Wahlkampf der Union zu suchen seien, blieb der SPD nur noch die Aufgabe, die Fehler des Gegners auszunutzen und möglichst keine eigenen zu begehen.



Mathias Machnig (links) und Wolfgang Gibowski waren sich einig: eklatante Wahlkampfpfater der Union stärkten die SPD.



Fotos: Schröder

Versagen beim Themenmanagement

In einer zweiten Runde des Eröffnungspanels analysierten der Augsburger Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider und der Leiter des Instituts für Publizistik der Universität Mainz Jürgen Wilke die Medienberichterstattung während des Wahlkampfes. Brettschneider wandte sich dabei der Frage des Themenmanagements zu und betrachtete dazu als Ausgangsmaterial die Fernsehberichterstattung. Auch hier wurde wieder ein

eklatantes Versagen beim Themenmanagement (Agenda-Setting, Agenda-Cutting, Agenda-Surfing) seitens der Union diagnostiziert. Hinzu kam, dass mit dem Thema Steuerpolitik – nicht zuletzt herausragend wegen der Person Paul Kirchhof und seines Modells einer „flat tax“ – der SPD ein sehr ungewöhnliches und selten zu beobachtendes Manöver gelang: nämlich die Umbewertung eines Themas. Konnte die Union zunächst mit Paul Kirchhof in der Steuerpolitik punkten, so wendete sich das Blatt, sobald sich die SPD auf die veränderte Lage eingestellt hatte. Die Angriffsflächen in den Steuerkonzepten Kirchhofs und der Union

wurden von der SPD geschickt ausgenutzt. Es gelang, das zunächst für die Union positiv besetzte Thema in ein für die Union negativ besetztes Thema umzuwandeln. Schließlich steigerte die SPD – ohne ein eigenes Steuerkonzept vorzulegen – allein durch die Angriffe auf die Union die eigene Kompetenz in Steuerfragen erheblich. Seit Juni 2005 habe sich die Union faktisch in der Regierungsrolle befunden: Die Medien beschäftigten sich mehr mit ihr als mit der SPD.

Sachthemen im Schatten der Kampagne

Ein Referenzpunkt der beiden Vorträge Brettschneders und Wilkes war die aus Regierungskreisen nach der Wahl vorgebrachte These, die Medien hätten massiv zugunsten der Union parteiisch in den Wahlkampf eingegriffen. Dieser These wurde von beiden Referenten deutlich widersprochen. Sowohl Brettschneider zeigte anhand der TV-Berichterstattung, dass diese keines-



falls einseitig zugunsten der Union ausfiel (eher noch im Gegenteil). Auch Jürgen Wilke zeigte denselben Befund anhand der Berichterstattung in den Printmedien. Die erstmalig präsentierten Ergebnisse der Untersuchungen Wilkes zur Berichterstattung über den Wahlkampf 2005 zeigten zudem, dass sich ein bemerkenswerter Trend fortsetzte: Schon 2002 war deutlich mehr denn je über den Wahlkampf selbst berichtet worden. 2005 bewegte sich auf einem ähnlichen Niveau, so dass die Sachthemen hinter der Kampagne deutlich zurückstanden. Ein weiterer Befund wurde von allen vier Referenten der Eröffnungsrunde geteilt: Das TV-Duell gab einem in Ansätzen schon vorhandenen Trend zuungunsten der Union und zugunsten der SPD noch einmal massiven Vorschub.

Vertrauenskrise der Volksparteien

Unter dem Titel „Wählerstimmungen und Wählerstimmen“ analysierten Vertreter von drei der bedeutendsten deut-

schen Meinungsforschungsinstitute Wahlkampf und Wahlergebnis 2005: Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach, Dieter Roth von der Forschungsgruppe Wahlen und Richard Hilmer von infratest dimap. Unvermeidliche Frage bei diesem Thema war: Haben die Demoskopien versagt? Dem traten alle drei Referenten entgegen: Erstens war ein deutlich schlechteres Abschneiden der Union als erwartet bereits Wochen vor der Wahl absehbar. Schon lange vor der Wahl waren die demoskopischen Befunde eindeutig: Es gab keine schwarz-gelbe Mehrheit mehr. Problematisch sei allerdings der Umgang auch der Medien mit den Ergebnissen der Demoskopien. So stellten Umfragen

lediglich Momentaufnahmen dar, selbst wenn es sich um die Sonntagsfrage handelt. Von diesen Momentaufnahmen eine Vorhersage des Wahlausgangs zu erwarten sei nicht zuletzt des-

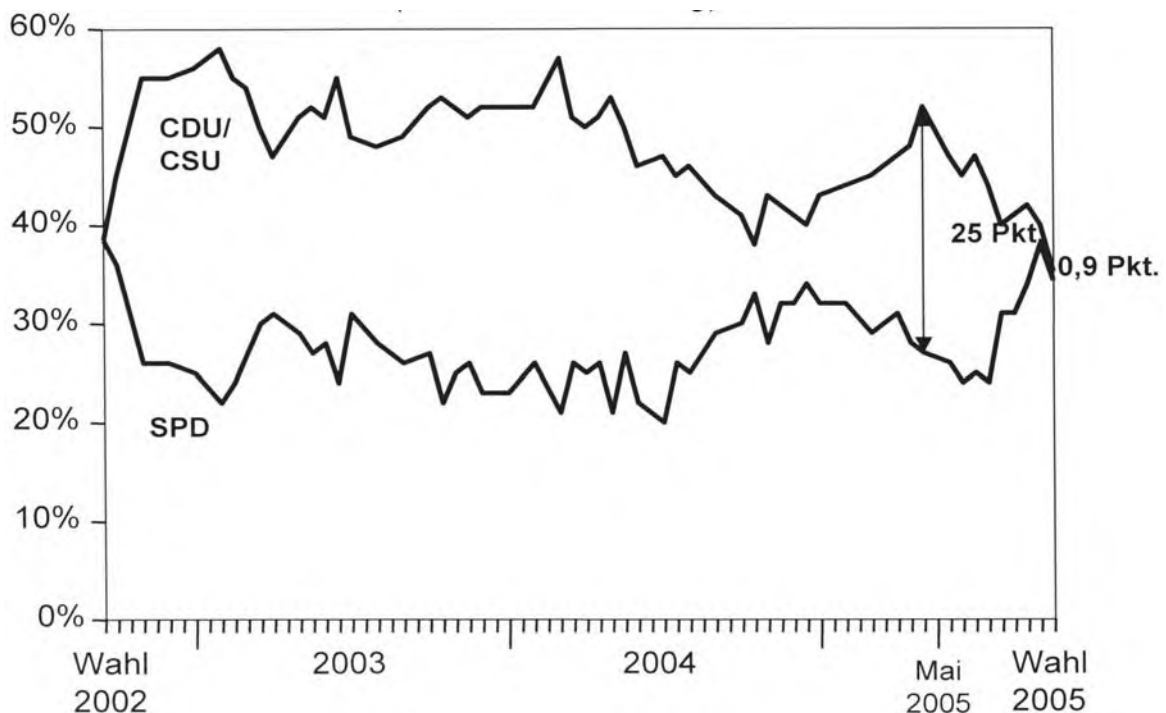
halb nicht statthaft, weil sich die Wähler immer später entscheiden, zum Teil erst in der Woche vor der Wahl oder erst am Wahltag selbst. Außerdem wiesen die Demoskopien darauf hin, dass man die Ergebnisse von SPD, Grünen und Linkspartei durchaus gut „vorhergesagt“ hatte. Die großen Abweichungen von den letzten Umfrageergebnissen zu den tatsächlichen Stimmanteilen beschränken sich auf die bürgerlichen Parteien Union und FDP. Hier ist ein Großteil der Abweichungen auch auf sogenannten Leihstimmen von eigent-



Renate Köcher: „Menschen bei dieser Wahl ohne Hoffnungspotenziale“

Ausgangslage: Der sicher geglaubte Sieg

Forschungsgruppe Wahlen: Wahlabsicht (Politische Stimmung)



Quelle: Prof. Dr. Frank Brettschneider, Universität Augsburg



Karikatur: Hanitzsch

lichen Unionswählern an die FDP zurückzuführen. Dieter Roth zu diesem Thema: „Wären wir kurz vor der Wahl zu einer Prognose gezwungen worden, dann hätte bei uns die Union unter 40 Prozent gelegen.“ Roth betonte zudem, dass die hohe Bedeutung des Themas Arbeitslosigkeit sich nicht zwangsläufig zugunsten der Union ausgewirkt habe: Erst persönliche Betroffenheit führe zu einer veränderten Stimmabgabe, und hier habe zwar die SPD massiv verloren, aber auch die Union. Gewinnen konnte in der Gruppe der Arbeitslosen nur die PDS/Linkspartei. Richard Hilmer betonte ebenfalls die Themen des Wahlkampfes aus demoskopischer Sicht (siehe dazu auch den Bericht über das Akademiegespräch auf Seite 7 ff.): Es habe klare Mehrheiten gegen das Unionsprogramm gegeben, wobei der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit ausschlaggebend gewe-

sen sei. Renate Köcher hob hervor, dass die Menschen bei dieser Wahl keine Hoffnungspotentiale gesehen hätten: Von der SPD enttäuscht, erwarteten sie sich auch von der Union eher persönliche Nachteile. Die Krise des Vertrauens in beide Volksparteien habe sich somit weiter verschärft.

Als gemeinsamer Tenor der drei Vorträge kann festgehalten werden: Man hätte mehr wissen können und man hätte es früher wissen können – wenn man die demoskopischen Ergebnisse ordentlich zur Kenntnis genommen hätte.

Kritikwürdige Medien

Die Medienschelte u.a. des Bundeskanzlers war ein zentraler Bezugspunkt des dritten Panels „Medien im Wahlkampf – Wahlkampf in den Me-

dien – und das Duell“, bei dem prominente Kommunikations- und Publizistikwissenschaftler die Rolle der Medien untersuchten. Wolfgang Donsbach und Olaf Jandura aus Dresden beleuchteten dabei die Wirkungen der Medien auf die Einstellungen der Wähler, wobei es zunehmend schwierig sei, die entscheidenden Stimuli zu identifizieren. So hätten die Medien langfristig Unzufriedenheit mit der Politik und ein Anspruchsdenken bei der Bevölkerung geschürt, aber auch veränderte Beurteilungskriterien für Politiker etabliert, z.B. die Wirkung im Fernsehen.

Die These der beiden Referenten: Die Rolle der Medien sei durchaus kritikwürdig, aber nicht wegen Parteilichkeit, sondern wegen falscher Themen (politics statt policy), falscher Nachrichtenwerte (Negativismus) und falscher Formate (Politainment).

Siegfried Weischenberg von der Universität Hamburg unterzog den Berufsstand der Journalisten einer kritischen Betrachtung. Auch hier der Tenor: Die Medienschelte ist auf keinen Fall gerechtfertigt; eine parteiische Berichterstattung kann nicht festgestellt werden. Dennoch sieht Weischenberg problematische Entwicklungen: Unter anderem äußere sich eine zunehmende Selbstreferenz der Medien in der Herausbildung von „Großjournalisten“ und „TV-Alphatieren“. Auch sei der deutsche Journalismus durch quantitative Reduzierung (immer weniger Personal, aber immer mehr Programm), qualitative Differenzierung (immer mehr Ressorts und Medien) und partielle Deprofessionalisierung herausgefordert.

Die Bedeutung des TV-Duells

Eine sehr detaillierte und datenreiche Analyse der Wirkungen des TV-Duells unternahmen Marcus Maurer und Carsten Reinemann. Mit akribischen Untersuchungen der TV-Duelle 2002 und 2005 und deren unmittelbaren Auswirkungen auf die Meinungen und Einstellungen der Zuschauer konnten sie zeigen, dass die TV-Duelle entgegen einer weit verbreiteten Annahme durchaus einen bedeutenden Faktor im Wahlkampf darstellen und in der Lage sind, Meinungen und Einstellungen zu verändern. Zwar sind Polarisierung und Mobilisierung latent vorhandener Orientierungen die wesentlichen Wirkungen: Die Anhänger der beiden Duellanten zeigten durchweg die erwarteten Einschätzungen gemäß ihrer eigenen Präferenz.

Doch gab es auch geringe, aber klar messbare Meinungsänderungen über die Kandidaten nach dem TV-Duell. Allerdings widerlegen die Erkenntnisse der Mainzer Forscher auch die Annahme, durch TV-Duelle könne die Informiertheit der Wähler verbessert werden. Im Gegenteil: An Beispielen zeigten sie, dass sogar Fehlinformationen von den Kontrahenten des TV-Duells als glaubwürdig aufgenommen wurden.

Zukunft des Parteiensystems

Das Abschlusspanel der Tagung beschäftigte sich mit den Perspektiven des Parteiensystems nach der Wahl. Der Berliner Parteienforscher Oskar Niedermayer charakterisierte in seiner Gesamtschau die deutsche Parteienlandschaft als „fluides Fünfparteiensystem“. Vor dem Hintergrund einer relativ hohen Polarisierung gebe es keine strukturelle Asymmetrie zugunsten einer der beiden großen Parteien, während die drei kleineren in einem offenen Wettbewerb um den dritten Platz stünden. Mit dem Thema der sozialen Gerechtigkeit gewinne der vormals verblasste Sozialstaatskonflikt wieder an Bedeutung. Für die Zukunft sieht Niedermayer die Große Koalition durchaus als Modell, falls sich die aktuelle Konstellation nicht durchgreifend ändern sollte. Auch neue Formationen wie Rot-Rot-Grün und die „schwarze Ampel“ seien in Zukunft Optionen, auch für die Bundesebene.



Viola Neu: „Die demoskopischen Instrumente müssen auf den Prüfstand.“

Viola Neu, Koordinatorin der Wahl- und Parteienforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung, nutzte die Gelegenheit zu einer selbstkritischen Reflexion der Wahlforschung und zu einem Blick in die Zukunft. Die demoskopischen Instrumente müssten auf den Prüfstand, da sie immer weniger geeignet seien, den fluiden Wähler prognostisch zu erfassen. Das Ergebnis der PDS/Linkspartei hält Neu für unterbewertet, denn zum ersten Mal sei eine gesamtdeutsche Protestpartei im

Bundestag vertreten, die sogar von der Union Wähler gewonnen habe. In Zukunft sei wegen der Großen Koalition auf Bundesebene eine andere Mechanik der Landtagswahlen mit größerer Bedeutung von Landesthemen zu erwarten.

Der Leipziger Parteienforscher Patrick Moreau nahm die „neue“ Linke unter die Lupe, die immerhin auch in sechs westlichen Bundesländern die 5-Prozent-Hürde überspringen konnte. Die PDS habe nach 2002 eine Identitätskrise und einen Niedergang erlebt, sich aber gleichzeitig von der Massenpartei zur Medien- und Kommunikationspartei gewandelt, die auch nicht mehr als extremistisch einzustufen sei. Der zweite Bestandteil, die WASG, sei ein reines Westphänomen, habe aber in seinem Populismus und seiner Kommunikation durchaus Gemeinsamkeiten mit der PDS. Allerdings zeigten sich hier schon einige Auflösungstendenzen, unter anderem durch den Wechsel von Führungspersonal zur PDS. Für die Zukunft sieht Moreau das Zusammenwirken der beiden Teile durchaus problematisch, da die Führungsfiguren Gysi und Lafontaine unterschiedliche Pläne verfolgten.

Abschließend stellte der Berliner Publizist Tobias Dürr Überlegungen zu neuen Spielräumen und neuen cleavages an. Nach der Stabilität der „alten“ Bundesrepublik habe es deutliche Verwerfungen gegeben, nach denen das Parteiensystem die Konfliktlagen nun besser widerspiegele als zuvor. Die geringen Bewegungen zwischen den Blöcken Schwarz-Gelb und Rot-Grün bei dieser Wahl täuschten, weil die Betrachtungsweise der Blöcke nicht mehr angemessen sei. Die Gesellschaften stünden heute vor ungekannten Herausforderungen wie Globalisierung, Demographie und wissensintensives Wirtschaften, an denen sich die Zukunft entscheide. Gegen diese Herausforderungen hätten sich in dieser Wahl die Kräfte der Beharrung zu Wort gemeldet, doch die Zukunft gehöre der „Partei der Bewegung“, die die Herausforderungen durch Veränderung meistern wolle. In der Berliner Großen Koalition sieht Dürr diese Kräfte sich bereits formieren. ■

Stefan Köppl

Wählerstimmungen und Wählerstimmen

Eine Analyse der Bundestagswahl im Bund und in Bayern
von Wahlforscher Richard Hilmer

Die vorgezogene Bundestagswahl vom 18. September 2005 brachte für viele überraschende Ergebnisse und für die Republik eine Zeit der spannenden Ungewissheit. Das Erstarken der Linken und die Schwäche der großen Volksparteien machten die Große Koalition fast unausweichlich. Der renommierte Demoskop und Geschäftsführer von infratest dimap, Richard Hilmer, bot im Rahmen des Akademiegesprächs im Landtag eine Analyse von Wählerstimmungen und des Wahlergebnisses für den Bund und Bayern.

Messfehler oder Last-Minute-Swing?

Ginge es nach der letzten Sonntagsfrage von infratest dimap vor der Wahl, dann hätte das Ergebnis so aussehen müssen: Union 41 Prozent, SPD 34, Linke 8,5, Grüne 7 und FDP 6,5. Doch landete die Union überraschend nur bei 34,2 Prozent und die FDP bei 9,8. Handelte es sich dabei um ein Versagen der Demoskopen oder um einen Umschwung in letzter Minute? Eher letzteres, so Hilmer. Die Ergebnisse von SPD, Grünen und Linkspartei wurden von der letzten Sonntagsfrage recht gut getroffen. Auch wenn man die drei „Lager“ Schwarz-Gelb, Rot-Grün und Linke betrachte, bewegen sich die Abweichungen im normalen Rahmen. Erklärungsbedürftig ist somit nur die Überraschung bei Union und FDP. Hier stellt Hilmer einen klassischen „Last-Minute-Swing“ fest, der mit den Mitteln der Demoskopie nur schwer zu erfassen ist. So habe sich die Splittingabsicht, also die Absicht

Der Wahl- und Parteienforscher Richard Hilmer wurde am 10. März 1952 in München geboren, wo er das Abitur machte. Nach dem Studium der Soziologie, Psychologie und Wirtschaftsgeschichte an der Universität München (Diplom 1980) war er zunächst Projektleiter bei Infratest Burke, München. 1990 wechselte er nach Berlin und gründete dort Infratest Burke, Berlin, das seit 1997 als Infratest dimap firmiert. Hilmer ist dessen Geschäftsführer und seit 2001 auch Geschäftsführer der TNS Infratest Sozialforschung. Infratest dimap begleitet unter anderem die Wahlberichterstattung und den DeutschlandTREND der ARD. Von ihm gibt es zahlreiche Publikationen zur Wahl- und Parteienforschung, darunter u.a.: Wahlsoziologische Betrachtungen der Bundestagswahl 2002, in: Heinrich Oberreuter (Hg.): Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, München 2004, S. 64-83 (mit Roberto Heinrich). Bundestagswahl 2002: eine zweite Chance für Rot-Grün, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34 (2003), S. 187-219. Ein Ruck ging durchs Land – Analyse der Wahl, in: Heinrich Oberreuter (Hg.): Umbruch 98: Wähler, Parteien, Kommunikation. München 2001, S. 59-80



von Unionsanhängern, mit der Zweitstimme FDP zu wählen, unmittelbar vor der Wahl sprunghaft erhöht. Auch stimmte von den 29 Prozent Kurztzuschlossenen ein weit überproportional großer Anteil am Wahltag für die FDP.

Keine Wechselstimmung

Die Wählerstimmung in den Monaten vor der Wahl charakterisierte Hilmer als ambivalent: Zwar war die Unzufriedenheit mit Rot-Grün groß (der Anteil der Unzufriedenen lag immer weit über 60 Prozent) und hatte die Union einen beträchtlichen Kompetenzvorsprung auf zentralen Politikfeldern. Doch herrschten auch große Zweifel daran,

dass die Opposition die Sache besser machen würde. Bei der Frage nach dem wichtigsten politischen Problem lag die Arbeitslosigkeit stets mit großem Abstand an erster Stelle, gefolgt von der wirtschaftlichen Situation (siehe Graphik). Genau dies waren auch die Politikfelder, in denen der Union weit höhere Kompetenz zugeschrieben wurde als der SPD. Dennoch glaubten noch im Juli 2005 73 Prozent der Bevölkerung nicht, dass unter einer unionsgeführten Bundesregierung die Arbeitslosigkeit spürbar sinken würde. Vielmehr wurden Rentner, Arbeitslose und Arbeitnehmer als Verlierer einer möglichen schwarz-gelben Regierung gesehen, Wohlhabende und Unternehmer dagegen als Gewinner.



Bei der Kanzlerpräferenz zeigten sich die Deutschen weniger entschieden als noch 2002. Gerhard Schröder lag zwar fast während des ganzen Wahlkampfes vor Angela Merkel, doch war der Abstand bedeutend geringer als noch gegenüber Edmund Stoiber bei der vorangegangenen Wahl.

Einen besonders interessanten Befund konnte Hilmer hier zum „Heimatbonus“ präsentieren: Hatte die CSU in Bayern aufgrund der Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers 2002 im Vergleich zur Vorwahl noch um 10,9 Pro-

Schwindender Kompetenzvorsprung

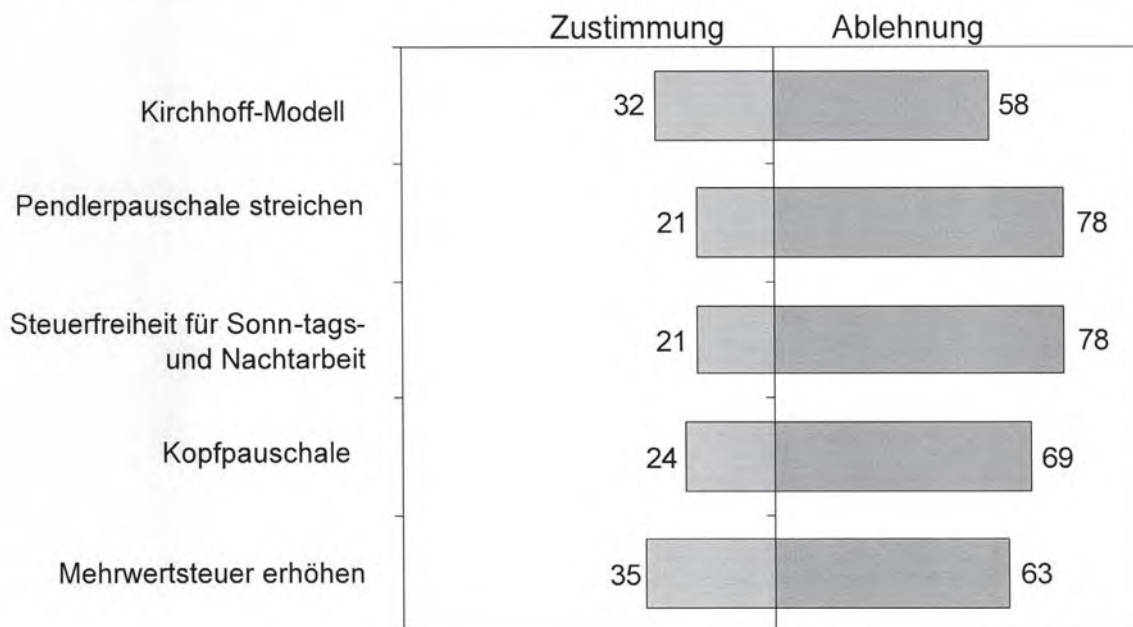
Sucht man nach den Gründen für den Absturz der Union, die in der Sonntagsfrage zwischen Mai und September immerhin konstant über 40 Prozent gelegen hatte, so gibt es laut Hilmer drei mögliche Ansatzpunkte: taktische Fehler (also ein zu ehrlicher Wahlkampf), mangelnde Akzeptanz der Spitzenkandidatin und schließlich strategische Fehler, d.h. eine programmatische Verengung. Den Kandidatenfak-

Diskussion standen, gab es eindeutige Mehrheiten gegen die Vorhaben der Union: das (als Unionsprogramm wahrgenommene) Kirchhofsche Steuermodell, die Streichung der Pendlerpauschale sowie der Steuerfreiheit von Sonntags- und Nachtzuschlägen, die Kopfpauschale bei der Krankenversicherung und die Erhöhung der Mehrwertsteuer. So büßte die Union beim zentralen Thema Steuerpolitik massiv ihren Kompetenzvorsprung ein; ihre Vorschläge wurden sogar von den eigenen Wählern abgelehnt.

Bundestagswahl 2005

Infratest dimap

Akzeptanz von Unions-Wahlprogramm



September 2005

Angaben in Prozent
33

zentpunkte zulegen können, verlor die CDU 2005 in Mecklenburg-Vorpommern sogar leicht.

Nimmt man Kompetenzzuschreibung und Kandidaten, sah die Lage also für die Union 2005 besser aus als 2002. Dennoch konnte keine rechte Wechselstimmung aufkommen: Eine unionsgeführte Regierung lag bei der Frage nach der bevorzugten Regierungsformation stets nur knapp vor einer SPD-geführten. So konnte sich aus dem zunächst deutlichen Vorsprung von Schwarz-Gelb im Laufe des Sommers eine Pattsituation ergeben.

tor schloss Hilmer aus: Im Vergleich zu 2002 sei dieser weit weniger bedeutend gewesen; dafür habe das Programm weit mehr im Vordergrund gestanden als bei der Wahl zuvor. Allerdings konnte Schröder im TV-Duell deutlich punkten, und zwar vor allem bei den unentschlossenen Wählern sowie bei den Arbeitern.

Ein Blick auf die Akzeptanz des Wahlprogramms der Union hilft bei der Ursachensuche weiter. In den fünf zentralen Punkten, die im Vordergrund der

Vor diesem Hintergrund stellte Hilmer fest, dass die Union den ehrlichen Wahlkampf schlecht vorbereitet und auch übertrieben habe (siehe Graphik).

Mit dem Thema der sozialen Gerechtigkeit nahm Hilmer auch einen weniger konkreten, aber umso wichtigeren programmatischen Aspekt unter die Lupe. Hier habe sich die SPD von ihrem Tief Ende 2003 und im Sommer 2004 (Hartz IV-Proteste) erholt und seit Beginn des Wahlkampfes deutlich vor der Union gelegen. Wie sehr sich

dieser Faktor auswirkte, zeigt sich, wenn man die Wahlmotive und die Wanderungsbewegungen betrachtet. So überwogen bei den Motiven zur Wahl von Union und FDP ganz klar die Themen Wirtschaft und Arbeitsmarkt, bei den Wählern von SPD, Grünen und Linkspartei das Thema soziale Gerechtigkeit. Befragt man die Wähler, die von der Union zur SPD oder Linkspartei abwanderten, so nennen diese vor allem Arbeitsmarktpolitik und soziale Gerechtigkeit als Grund.

Volksparteien als Verlierer

Bei einer Gesamtschau des Wahlergebnisses fallen einzelne Punkte ins Auge: Frappant ist der Aufstieg der Linkspartei, die in allen Altersgruppen und sowie bei Männern und Frauen deutlich zulegen konnte, ebenso in allen Berufsgruppen, insbesondere aber bei Arbeitslosen, Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern. Die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen West und Ost stiegen wieder an, nachdem sie 2002 schon auf das Ausmaß von 1994 zurückgefallen waren. Besonders die

Arbeiter stimmten unterschiedlich: Konnte die Linke im Westen nur 8 Prozent der Arbeiter überzeugen, waren es im Osten 28 Prozent.

Der Trend, dass die beiden großen Volksparteien immer weniger Stimmen auf sich vereinigen können, setzte sich 2005 fort: mit 69,4 Prozent machten so wenige Wähler ihr Kreuz bei Union und SPD wie seit 1949 nicht mehr; seit 1953 war dieser Wert nicht mehr unter 74 Prozent gefallen. 2005 war für beide das zweitschlechteste Wahlergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik. Die beiden Volksparteien verlieren auch bei ihrer Stammwählerschaft: die SPD bei Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern, die Union bei den Selbständigen (allerdings nicht bei den Katholiken).

Interessant ist auch, dass es zwischen den „Lagern“ Schwarz-Gelb und SPD, Grüne, Linke kaum Bewegung gab: Ersteres kam 2005 auf zusammen 45,0 Prozent (2002: 45,9), letzteres auf 51,1 Prozent – exakt dasselbe Ergebnis wie in der Wahl zuvor.

Bedenkenswerter Einzelaspekt ist auch das Abschneiden der NPD. Sie kam

zwar bundesweit nur auf 1,6 Prozent, in den neuen Ländern aber auf 3,6 und kratzte in Sachsen gar an der 5-Prozent-Hürde. Besonders bei männlichen Jungwählern in Ostdeutschland ist sie erfolgreich: 14 Prozent der 18 bis 24 Jahre alten jungen Männer wählten sie in den neuen Bundesländern.

CSU-Absturz

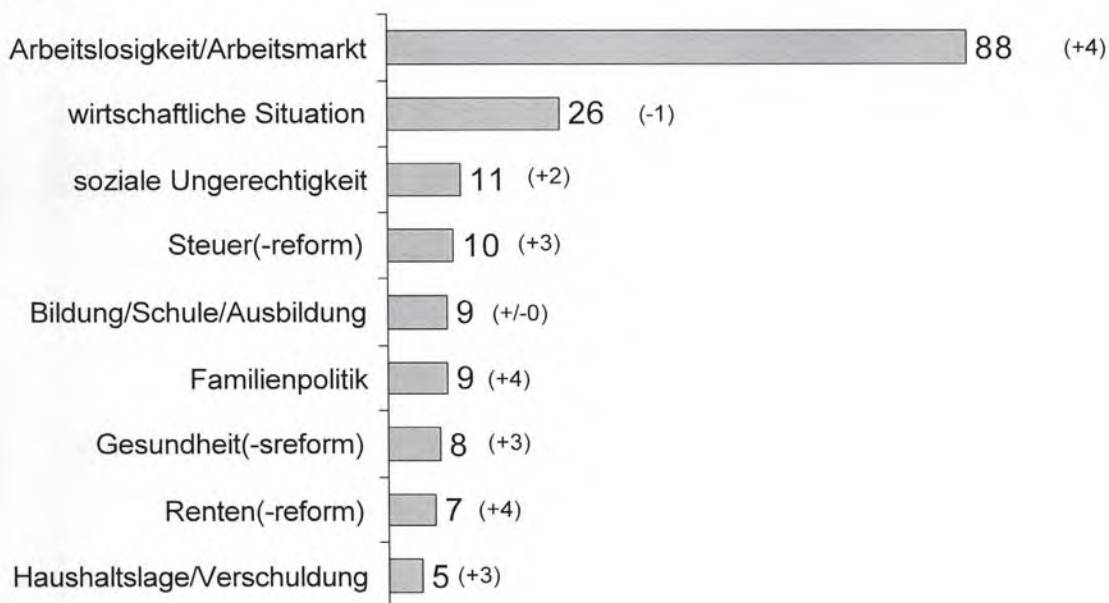
Abschließend wandte Hilmer seinen Blick dem bayerischen Ergebnis zu. Für die SPD war Bayern das zweitschlechteste Bundesland, allerdings auch das mit den geringsten Verlusten. Anders bei der Union: Hier holte die CSU wie gewohnt das beste Ergebnis in einem Bundesland, verlor aber auch 9,4 Prozent im Vergleich zur letzten Wahl. Letzteres wollte Hilmer jedoch nicht als Desaster der CSU interpretiert wissen. Vielmehr sei diese Bewegung auf das außergewöhnlich gute Ergebnis 2002 wegen der Kandidatur Edmund Stoibers zurückzuführen. Im Vergleich zu 1998 habe die CSU sogar 1,6 Prozent hinzugewonnen. ■

Stefan Köppl

Bundestagswahl 2005

Infratest dimap

Wichtigstes politisches Problem



Angaben in Klammern: Vgl. zu September 2002
September 2005

Angaben in Prozent
16

Mit einer friedlichen Revolution die Teilung überwunden

Zwischenbilanz der Deutschen Einheit –
Vogel lobt Schäuble für seine politische Leistung

Eines der großen Fernsehereignisse des Jahres 2004 war das Filmepos „Heimat 3“ des Regisseurs Edgar Reitz. „Heimat 3“ deckt den Zeitraum von der Maueröffnung 1989 bis zur Jahrtausendwende ab und wurde so zu einer filmischen Chronik der ersten unbeholfenen Schritte der Menschen in Ost und West in einem wiedervereinigten Deutschland. Im 15. Jahr der Deutschen Einheit hatten es sich die beiden Tutzinger Akademien zur Aufgabe gemacht, nicht nur das filmische Werk zu würdigen, sondern ebenfalls mit prominenten politischen Akteuren der friedlichen Revolution in der DDR den Versuch einer Zwischenbilanz zu wagen.

Der erste Tagungsteil war der medienrezeptiven Analyse von „Heimat 3“ gewidmet. Auf diese Weise konnte die Erinnerung an die damaligen Ereignisse noch einmal wach gerufen und die emotionale Grundlage für die nachfolgenden vertiefenden Diskussionen geschaffen werden. Das Publikum reagierte am-

Tagungsgäste Revue passieren: die geöffneten Schlagbäume, das Überklettern der Berliner Mauer, die Mauer-spechte mit Hammer und Meißel in der Hand, das grenzenlose Staunen in westdeutschen Heimwerkermärkten, der Erhalt des Begrüßungsgeldes und die Trabbikolonnen, die nach Westen führen.



Produzent Robert Busch: „Das Fernsehen ist kein narratives Medium mehr und beugt sich zu stark dem Diktat des Sendeschemas und der Quote.“
Larissa Iwlewa (r.) spielt die Russlanddeutsche Galina.

bivalent: teilweise nüchtern mit: „Ja, so hatte es sich zugetragen“, bis hin zu emotionaler Ergriffenheit: „Das war der schönste Tag in unserem Leben.“ Noch einmal konnte dieses historische Ereignis vor dem geistigen Auge der

Der Co-Autor Thomas Brussig („Sonnenallee“, Helden wie wir“), der Produzent Robert Busch, die Schauspielerin Larissa Iwlewa (spielt die Russlanddeutsche Galina) und der Filmkritiker Hans-Günther Pflaum beschrie-

ben überzeugend die Schwierigkeiten und die Herausforderungen bei der Umsetzung dieses ursprünglich auf das Jahr 2000 hin und für sieben Teile angelegten Filmvorhabens. In den stürmischen Zeiten des Vereinigungs-taumels gingen die Schreib- und Dreharbeiten nicht immer leicht von der Hand. Betont wurde, dass die Beset-



Thomas Brussig schrieb zusammen mit Edgar Reitz das Drehbuch für „Heimat 3“.

Fotos: Schröder

zung einzelner Rollen mit Laiendarstellern und mit Schauspielern aus den neuen Bundesländern diesem Filmwerk seinen ganz besonderen Charme verliehen habe. Zu der Fernsehausstrahlung in gekürzter Fassung bemerkte Produzent Robert Busch: „Das Fernsehen ist kein narratives Medium mehr und beugt sich zu stark dem Diktat des Sendeschemas und der Quote.“

Im deutschen Fernsehen ist „Heimat 3“ nur mit mäßigem Erfolg gelaufen, nicht jedoch im internationalen Kontext. In England, besonders auch in Italien und vor allem in den skandinavischen Ländern hat „Heimat 3“ durchaus sein Publikum gefunden. Gleiches trifft für die Auswertung des Films in den USA zu.



Den zweiten Tagungsteil prägten die Politiker, die in Ost und West maßgeblich an der Herstellung der Deutschen Einheit beteiligt waren. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, der über den Einigungsvertrag verhandelte, gilt als einer der Architekten der Deutschen Einheit. Er hob auf der Tagung noch einmal hervor, dass „die deutsche Teilung, die Diktatur und der Ost-West-Konflikt friedlich und ohne Pathos überwunden worden sind und dass es viel Anlass zu Freude und Dankbarkeit



Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble: „Es gab für unser Handeln keine Vorlagen und Vorbilder.“

gibt.“ Zugleich räumte der Bundesinnenminister ein, dass „die Probleme heute größer sind als wir vor 15 Jahren gehofft hatten.“ Er gesteht heute zu, dass der damalige SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine mit vielen seiner wirtschaftlichen Kritikpunkte Recht hatte: „Aber es gab keine Alternative“. Die Welt sei in Zeiten der Globalisierung komplizierter geworden und entwickle sich rasanter. „Wir dürfen nicht alle unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf den Aufbau Ost und die Überwindung der deutschen Teilung schieben.“ Angesprochen auf die gegenwärtigen Befindlichkeiten der Deutschen in Ost und West sagte der Bundesinnenminister: „Die Westdeutschen haben keinen Grund, sich gegenüber den Ostdeutschen arrogant und besserwisserisch zu verhalten, aber die Ostdeutschen haben auch keinen Grund zu glauben, dass man ihnen zu wenig Solidarität entgegenbringt.“

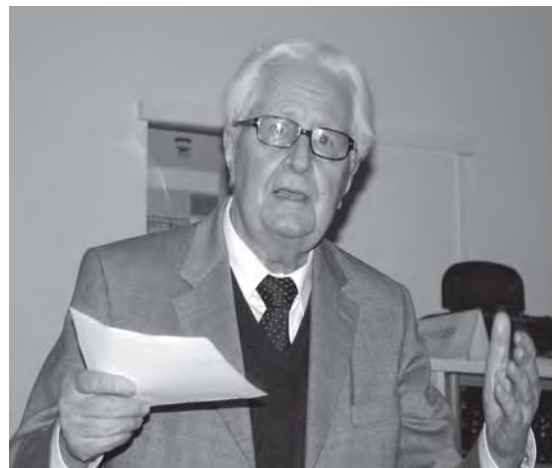
Im Rückblick gestand Schäuble auch Fehler ein, insbesondere der Honecker-Prozess sei „kein Ruhmesblatt“ gewesen. Aber: „Es gab für unser Handeln keine Vorlagen und Vorbilder.“ Bei einer Wiederholung der Deutschen Einheit solle man sie aber nicht wieder in ein Wahljahr legen, bemerkte der Minister scherzhaft.

Wolfgang Schäuble ging auch auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen und östlichen Bundesländern ein; sein Resultat: „Die Binnenwanderung gibt es nicht nur von Ost nach West, sondern auch von Nord nach Süd in Deutschland. Es können nicht überall flächendeckend industrielle Arbeitsplätze entstehen. Dafür benötigen wir Zentren. Wir brauchen Lösungen für die Regionen, die nicht industrielle Zentren sein können. Künftig gilt es, noch stärker auf den Dienstleistungssektor als Grundlage der Beschäftigung in Deutschland zu setzen.“

Gegen Legenden

Der damalige SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel bezeugte seinen Respekt vor der politischen Leistung Schäubles im Einigungsprozess und bekam dafür lang anhaltenden Applaus vom Publikum. Er betonte die Bedeutung der Außen- und Deutschlandpolitik des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt als Voraussetzung für den 9. November 1989. Vogel bestritt, dass die SPD die Einheit nur zögerlich gewollt habe und wandte sich gegen Legendenbildungen, die SPD habe nur mit der SED gesprochen und die Bürgerrechtsbewegung vernachlässigt. Er sagte, dass Oskar Lafontaine mit vielen seiner Bemerkungen über die Kosten der Einheit Recht hatte, gab aber auch zu, dass andere Einlassungen des SPD-Kanzlerkandidaten zu Irritationen über die SPD-Absichten und Ziele geführt hätten. Nach Vogels Ansicht wäre ein Weg über den Artikel 146 des Grundgesetzes mit Verfassungsreform und Volksabstimmung angemessen gewesen.

Aber weitergehende Änderungen am Grundgesetz seien nicht durchsetzbar gewesen. Er verwies darauf, dass wir es bei der räumlich und zahlenmäßig vergrößerten Bundesrepublik mit einem anderen politischen Gebilde zu tun haben als in der Ära des Kalten Krieges und des Eisernen Vorhangs. Die politischen Institutionen und ihre Verfahren seien zwar wenig verändert worden, aber die Bundesrepublik habe über 16 Millionen neue Bürger hinzugewonnen, sie hat einen Prozess der Angleichung der neuen Bundesländer an die Lebensverhältnisse im Westen in Angriff genommen, der noch lange nicht an sein Ziel gekommen ist; in ihr leben Deutsche, die durch eine je unterschiedliche Geschichte geprägt worden sind, zusammen mit Millionen ausländischer Mitbürger mit anderen kulturellen und religiösen Traditionen.



Hans-Jochen Vogel bestritt, dass die SPD die Einheit nur zögerlich gewollt habe.

Anstöße aus der DDR

Markus Meckel, letzter DDR-Außenminister und Mitbegründer der Ost-SPD (anfangs noch SDP) sowie einer der führenden DDR-Bürgerrechtler blickte noch einmal zurück auf die DDR der achtziger Jahre: den Einsatz kleiner Gruppen für Freiheit, Recht und Demokratie, auf ihren Durchbruch im Herbst 1989 und die deutsche Einheit 1990. „Die deutsche Einheit hat viele Beteiligte und Väter, und etliche davon im Osten Deutschlands.“ Meckel machte deutlich, dass die Deutsche Einheit auf einer ostdeutschen Initiative beruhte: „Das Tempo und



Handeln wurde vom Volk im Osten bestimmt. Die DDR wurde von innen gestürzt.“ Im Westen hätte man nur reagieren können. Mit dem Beschreiten des Wegs über Artikel 23 Grundgesetz zur Einheit hätte man niemanden im Westen fragen müssen. Der Anteil der Ostdeutschen an der Vereinigung sei ungeheuer hoch: „Weil wir die Freiheit erkämpft haben, wurde die Einheit möglich.“ Meckel betonte den anfangs eigenständigen Weg der SDP in der DDR: „Wir waren kein Ableger und keine Filiale der SPD!“ Die Differenzen zwischen Brandt und Lafontaine („Der war ein Enkel Adenauers; ein Rheinbund-Anhänger und ganz, ganz weit weg von uns“) in Bezug auf die Einheit seien unüberbrückbar gewesen. Lafontaines Positionen hätten der SPD bei allen Wahlen im Jahr 1990 geschadet. Meckel beklagte, dass viele der heutigen Probleme keine unmittelbaren Folgen der Wiedervereinigung seien, sondern erst in den vergangenen Jahren entstanden sind. Heute scheint sich in Ostdeutschland zunehmend Enttäuschung auszubreiten. Diese hat handfeste Gründe: das in der Vermögensfrage angewandte Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“, die Massenarbeitslosigkeit, geringere Gehälter bei gleicher Arbeitsleistung und längerer Arbeitszeit.

Geburtshelfer der Demokratie

Über die Rolle der Kirchen im Prozess der friedlichen Revolution referierte der Pfarrer und ehemalige DDR-Abrüstungs- und Verteidigungsminister Rainer Eppelmann, heute Vorsitzender der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Die Kirchen waren immer die wichtigste Oppositionskraft in der DDR. Sie verfügten über eine flächendeckende Kommunikations- und Infrastruktur sowie eine hohe Glaubwürdigkeit. Während alle Versammlungen und Veranstaltungen bei den DDR-Behörden angemeldet und genehmigt werden mussten, galt dies – als einzige Ausnahme – für die Gottesdienste nicht. Mit seinen Bluesmes- sen habe er Jugendliche im ganzen Land mobilisieren und ein Wir-Gefühl schaffen können. In den Führungskadern und der SED-Spitze habe sich

schnell im ganzen Land die These verbreitet: „Die Kirche ist das Loch im Fahrradschlauch der DDR.“ Eppelmann – so ist seiner Stasi-Akte zu entnehmen – hielt dagegen: „Bleibe im Land und wehre dich täglich!“. Die Kirchen in der DDR waren sicherlich der Motor für die „friedliche Revolution nach Feierabend“ und „Geburtshelfer der Demokratie“. Niemals waren wir dem Volk so nah.“ Das konnte leider nicht anhalten – die Jahre 1989 und 1990 blieben eine Episode: „Die Kirchen wurden wieder entbehrlich.“



Der Journalist Jürgen Engert (l.) im Gespräch mit dem Theologen Richard Schröder.

Den abschließenden Vortrag hielt Richard Schröder, damals Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR und darin SPD-Fraktionsvorsitzender. Heute ist er Theologieprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin. In einem historischen Rückblick umriss Schröder noch einmal die verschiedenen Aspekte des DDR-Alltags: Kommunikationsverbote, keine gemeinsame Öffentlichkeit, Zensur und Überwachungsstaat, Abschirmung von westlichen Einflüssen und ein ständiger Mangel an Dingen des täglichen Bedarfs. „Wir waren eine Gesellschaft von Jägern und Sammlern und sehr erfinderisch in der Kompensation des Mangels.“ 1990 habe sich die DDR in Auflösung befunden. Nach SED-Quellen vom Oktober 1989 habe es in der DDR nur 30 Prozent der Westproduktivität gegeben und der Staat war überschuldet. Um den Staatsbankrott zu vermeiden, hätte die Regierung den Lebensstandard um 30 Prozent senken müssen, was die Unregierbarkeit be-

deutet hätte. Die Alternative wäre ein 4-Milliarden-Kredit aus dem Westen gewesen.

Auf allen wesentlichen Politikfeldern sieht Schröder Fortschritte gegenüber den Verhältnissen in der DDR: Wohnungswesen, Gesundheitssystem, Umwelt und natürlich ein unbeschreiblicher Gewinn an Freiheit. In der Bildungspolitik gebe es Fortschritte, aber man habe sich auch „Krankheiten“ aus dem Westen eingehandelt. Und schließlich habe eine Sanierung der Städte eingesetzt: „In Greifswald hieß

es vor 1989: Ruinen schaffen ohne Waffen“. Ein Fehler im Einigungsprozess sei die Überlastung der sozialen Sicherungssysteme: eine Finanzierung aus Steuerkassen wäre besser gewesen, sagte Schröder.

In dem nachfolgenden Gespräch mit Jürgen Engert, dem früheren Chefredakteur des SFB-Fernsehens und Gründungsdirektor des ARD-Hauptstadtstudios in Berlin, hob Schröder resümierend hervor, wie eine Diktatur verhindert werden kann: „Die Antwort ist einfach: die Wahrung der Grundrechte, der freie Zugang zu unabhängigen Gerichten, Gewaltenteilung und Machtkontrolle und eine freie Öffentlichkeit oder kurz: die Institutionen der Freiheit verhindern eine Diktatur!“ Der Theologe warnte vor Miesmacherei und der weit verbreiteten Angst vor Veränderungen. Aus dem früheren Vorwurf, die Deutschen seien unfähig zu trauern, habe man wohl zu gut gelernt: „Jetzt gibt es offenbar die Unfähigkeit, sich zu freuen!“ ■

Michael Schröder/Axel Schwanebeck

Neues Deutschland?

Versuch einer Bilanz der Deutschen Einheit

Fünfzehn Jahre nach der Wiedervereinigung nahm die Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft ihre Jahrestagung in der Akademie für Politische Bildung als Anlass, eine Bilanz zum Zusammenwachsen von Ost und West, zum Charakter des „neuen Deutschlands“ und zu seiner Verortung im Weltgefüge zu ziehen.

„Gibt es ein neues Deutschland?“ Diese Frage versuchte Claus Leggewie von der Universität Gießen in seinem Eröffnungsvortrag zu beantworten. Seine Hypothese: Nach fünfzehn Jahren sei eine „Veröstlichung“ des politischen Systems zu beobachten, die er an zehn Punkten festmachte:



Claus Leggewie: Konsequente Beendigung des deutschen Sonderwegs statt Krisensyndrom.

1. Die demographische Herausforderung der Überalterung werde begleitet von der Entstehung neuer Lebensformen, von einer Entwöhnung vom Kinderwunsch und von einer Netto-Abwanderung.
2. Sozialstrukturell wachse die soziale Ungleichheit – eine Entwicklung, der der Sozialstaat immer weniger entgegensetze: „Wir haben eine alternde Bevölkerung, die zunehmend ungleicher wird.“
3. Nach der Erosion des rheinischen Kapitalismus finde Deutschland keine Antworten auf Globalisierung und ökonomische Herausforderungen.

4. Außenpolitisch sieht Leggewie nachlassenden Einfluss auf die Mittelmacht Deutschland zukommen.

5. Die Stimmung sei gekennzeichnet von wachsender Unzufriedenheit der Krisenverlierer und einer sozialstrukturellen Polarisierung, aber nicht von einem oft diagnostizierten generellen Pessimismus. Auch eine ausgeprägte Demokratieverdrossenheit mochte Leggewie nicht konstatieren, wohl aber eine starke Orientierung am output, was die Bezeichnung der „Schönwetterdemokratie“ nahe lege.

6. In Identitätsfragen sei eine „Ethnisierung“ und damit Vertiefung der Gegensätze zu befürchten – nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen Nord und Süd.

Kein Krisensyndrom

Die Zukunft des politischen Systems im engeren Sinne sei vor allem im Osten erkennbar:

7. Die Schwäche der beiden etablierten Volksparteien Union und SPD sowie die hohe Volatilität der Wähler im Osten würden sich auf ganz Deutschland ausbreiten.
8. Der geringere Verbändeeinfluss bedeute eine Abkehr vom neo-korporatistischen Modell der deutschen Konsensdemokratie.
9. In der Institutionenordnung werde sich der Prozess der Entparlamentarisierung fortsetzen und die Züge der Kanzlerdemokratie stärker hervortreten.
10. Schließlich sei mit neuen Koalitionsmustern zu rechnen, die mitunter

weniger stabil seien als die althergebrachten und in puncto Regierbarkeit eher Abstriche mit sich brächten.

Doch sieht Leggewie diese Punkte weniger als Horrorszenario oder Krisensyndrom, sondern spricht eher von einer konsequenten Beendigung des deutschen Sonderwegs bzw. der normalen Schwierigkeit des Regierens.

Werner Patzelt von der Technischen Universität Dresden nahm den Stand der inneren Einheit im Bereich der politischen Kultur unter die Lupe. Hierzu sei umfangreiches Datenmaterial vorhanden, an das je nach dem Verständnis des Begriffs „innere Einheit“ unterschiedlich herangegangen werden könne, zum Beispiel je nachdem, ob man „innere Einheit“ vor allem als Einheitlichkeit der Lebensbedingungen oder als „Einheit in Verschiedenheit“ begreife.

Rolle der Arbeit

Die konkreten Unterschiede zwischen Ost und West in der Wirtschaftskraft sowie die Schlechterstellung des Ostens in Sozialstaat, Tarifen etc. müssten sich zwangsläufig auch in Unterschieden der politischen Kultur äußern. Dies werde insbesondere vor dem Hintergrund deutlich, dass Arbeit im Osten auch eine wichtige Quelle von Selbstachtung sei, mit dramatischen Folgen von hoher Dauerarbeitslosigkeit; entsprechend sei die Lebenszufriedenheit im Osten signifikant niedriger als im Westen. Leider sei in diesem Punkt auch keine Änderung absehbar.

Unzufrieden mit Demokratie

Die Religiosität sei im Osten extrem schwach, auch schwächer als in den Staaten Mittelosteuropas. In diesem Aspekt habe keine andere europäische Nation eine so tiefe Spaltung in sich.



Große Unterschiede gebe es auch beim Nationalbewusstsein und insbesondere bei den Geschichtsbildern: Nicht nur sei die Verbundenheit mit dem jetzigen Deutschland unterschiedlich ausgeprägt, vor allem in der Beurteilung der DDR zeigten sich massive Differenzen. Bei der Demokratiezufriedenheit sei festzustellen, dass sie bei den Ostdeutschen sogar unter der anderer postsozialistischer Gesellschaften liege – ebenso wie das Vertrauen in politische und staatliche Institutionen. Insbesondere mit Konkurrenz im politischen System und der Parteipolitisation vermeintlich „technischer“ Fragen hätten die Bürger in den neuen Ländern Probleme. Die auch im Westen schon recht schwach ausgeprägte Überzeugung, politische Beteiligung sei sinnvoll, ließe sich im Osten noch weniger finden.

Patzelts alarmierende Deutung: „Wir haben ein Problem mit der Etablierung und nachhaltigen Sicherung von Demokratie in den neuen Bundesländern!“ Betrachtet man die Daten im Zeitverlauf, müsse sogar festgestellt werden, dass das Problem im Laufe der Jahre noch wachse.

Noch gravierender werde dieses Syndrom dadurch, dass die Deutschen in Ost und West der Politik überdurchschnittliche Bedeutung für das eigene Leben zuschrieben und sie offenkundig der Meinung seien, dass das politische System nicht ordnungsgemäß zu funktionieren scheint.

Überhöhte Erwartungen

Fragt man nach den Ursachen für diese Befunde, sind es laut Patzelt zunächst Besonderheiten der Demokratiegründung in den neuen Bundesländern: Unter anderem hätten die überhöhten Erwartungen zu schweren Enttäuschungen geführt, sei das neue System nur mangelhaft in der ostdeutschen Gesellschaft verankert worden und schließlich seien die ersten Vereinigungsjahre mit einer Hochphase der Politikverdrossenheit auch im Westen zusammengefallen. Hinzu kamen die wirtschaftlichen Umstände der ostdeutschen Demokratiegründung: Der ökonomische Zusammenbruch hatte Kränkungen zur Folge, die dem neuen

System zugeschrieben wurden. Diese Enttäuschungs- und Entfremdungserfahrungen hätten dann auch von Links und Rechts Eingang in die Politik gefunden. Auch erwiesen sich besondere gesellschaftliche Voraussetzungen Ostdeutschlands als problematisch.



Werner Patzelt: „Wir haben ein Problem mit der Etablierung und nachhaltigen Sicherung von Demokratie in den neuen Bundesländern!“

Insbesondere hätte der SED-Staat schwere Hypotheken hinterlassen, wie eine Planierung des vopolitischen Raums und eine Entbürgerlichung der Gesellschaft. Schließlich seien auch noch die unterschiedlichen Pfade der kulturellen Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands in Rechnung zu stellen.

Wagt man einen Blick in die Zukunft, kommen nach Patzelt vier mögliche Szenarien in Betracht: die Angleichung ostdeutscher an westdeutsche Kulturmuster; die Angleichung westdeutscher an ostdeutsche Kulturmuster; das Fortbestehen der Unterschiede; die Ablagerung neuer, nun gemeinsamer Kulturschichten auf den bestehenden Unterschieden.

Auf die Lenin'sche Frage „Was tun?“ gab Patzelt eine differenzierte Antwort für Forschung, Politik und Bürger. Die Politik solle Abstand nehmen von Ritualen der Schuldzuweisung, aber auch von illusorischen Einheitlichkeitsvorstellungen, und einen aufgeklärten Patriotismus als Integrationsinstrument nutzen. Auf der Ebene der Bürger solle vor allem die politische Bildung

gestärkt werden – ein Ansinnen, zu dem sich der Vortragende an diesem Ort des Beifalls sicher sein konnte.

Kein „Durchregieren“

Andreas Busch von der Universität Oxford widmete sich dem Thema Reformpolitik in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch der Frage, ob es wirklich die Institutionen sind, die durchgreifende Reformen unmöglich machen. Busch begreift dabei Reformpolitik als „Veränderungen, die nicht auf das System zielen, sondern auf seine Stabilisierung.“

Die These, dass Reformprojekte reihenweise im von der Opposition dominierten Bundesrat enden, sieht Busch nicht bestätigt. So sei nur eine sehr geringe Zahl von Gesetzen wirklich im Bundesrat gescheitert. Zwar trägt der Blick auf die Zahlen, weil sich unter den blockierten Vorhaben auch wichtige Reformprojekte befänden und auch der im Vorfeld wirkende Kompromisszwang in Rechnung gestellt werden müsse, doch liege der Kern des Problems nicht im Bundesrat. So greife auch eine bloße Reform dieser Institution zu kurz, denn der zentrale Knackpunkt sei die komplexe Interaktion von Parteienwettbewerb und Föderalismus, die schon Gerhard Lehmbuch aufgedeckt habe. Erst die parteipolitische Instrumentalisierung mache den Bundesrat zum Problem. Diese wiederum sei nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die Länder einen wichtigen Rekrutierungspfad für Spitzenämter in der Bundespolitik darstellten. Die geänderten Bedingungen im Parteiensystem nach 1990 verschärften die strukturellen Probleme noch.

Jammern als Problem

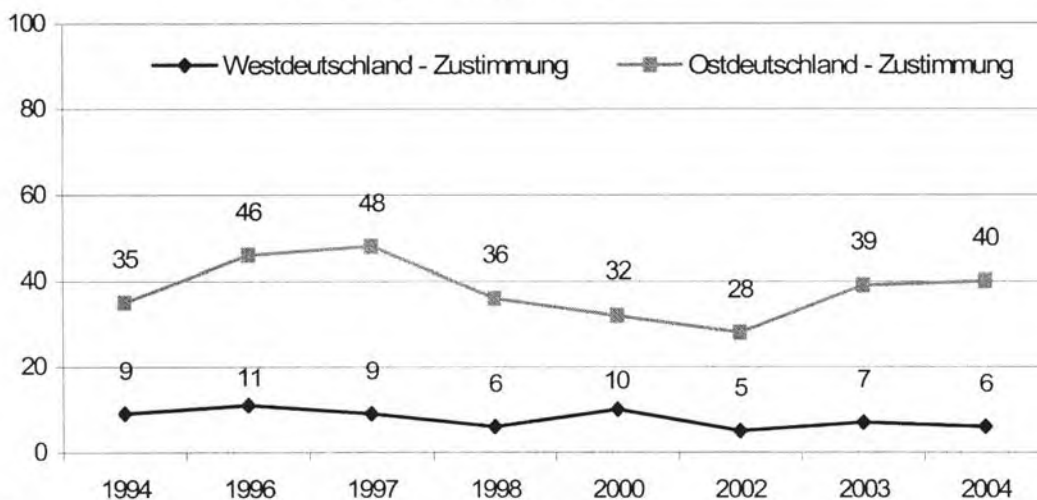
Auch ganz abgesehen von Föderalismus und Parteiensystem charakterisiert Busch das deutsche Regierungssystem als eines, das sich ohnehin nicht zum „Durchregieren“ eigne. Zahlreiche wichtige Aufgaben seien an parastaatliche Institutionen delegiert: nach dem Prinzip der Selbstverwaltung (Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) oder an öffentlich-rechtliche Anstalten. Hier gebe es ein hohes Maß

an Autonomie und Expertise, aber auch privilegierten Zugang für Interessengruppen. So sei z.B. kein staatlicher Zwang zur Beitragssenkung in der Krankenversicherung möglich. Allerdings wirkten diese Arrangements nicht nur einschränkend auf die Steuerungsfähigkeit, denn der Staat tausche hier Einflussnahme gegen Entlastung bei Problemlösung und Kritik.

tät gekennzeichnet. So folge Deutschland nach wie vor dem Rollenkonzept der Zivilmacht nach den Maximen „Never again. Never alone. Politics before force.“ Es gebe einen Vorrang von drei Partnerschaften (der deutsch-französischen, der deutsch-amerikanischen und der deutsch-russischen) und einen Vorrang von drei institutionellen Kontexten (EU, NATO, OSZE). Auch

schen Regierung sah er als Einzelaktionen, nicht als Ausdruck einer kohärenten Politik. Ebenso als problematische Einzelaktion beschrieb Maull die Kampagne für einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Feststellbar, aber nicht überzubewerten, sei eine Veränderung des Stils und der Rhetorik, was aber vor allem der PR der Regierung geschuldet sei.

Entwicklung der summarischen Bewertung der DDR: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“, Ost- und Westdeutschland 1994-2004 (Angaben: Prozent)



Operationalisierung: Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“. Prozentanteile ‚stimme (eher) zu‘, ‚stimme voll und ganz zu‘.

Quelle: Trafo-Querschnitt-Datensatz; EMNID-Zusatzbefragung 2000; Konrad-Adenauer-Stiftung Herbststudien 1996 und 1997; Deutsche Teilstudien des European Social Survey 2003 und 2004.

Als Resümee hielt Busch fest, dass es nicht auf die pure Zahl von Vetospieler ankomme, sondern auf deren Interaktion. Das wichtigste sei die Psychologie, und hier sieht Busch in der Jammerei der Deutschen das eigentliche Reformhindernis. Eine Prise mehr angelsächsische Zuversicht täte Deutschland gut.

Kontinuität in der Außenpolitik

Im letzten Vortrag der Tagung widmete sich Hanns W. Maull von der Universität Trier der neuen deutschen Außenpolitik. Es habe zwar einen fundamentalen Wandel mit der Wiedervereinigung in Deutschland und mit dem Ende des Kalten Krieges im internationalen Umfeld gegeben, doch sei die deutsche Außenpolitik von Kontinui-

werde stets eher nach Wohlstand als nach Macht gestrebt, und das mit den üblichen Instrumenten. Nach 1990 habe es darin zwei Modifikationen gegeben: Zum einen eine Verschiebung der Prioritäten weg von den USA und hin zu Frankreich und zum anderen eine Neubewertung von Bundeswehreinsätzen durch die Kriege im ehemaligen Jugoslawien.

Zudem stellte Maull Ambivalenzen in der deutschen Außenpolitik nach 1990 fest. Die vermeintlichen Alleingänge der deutschen Anerkennungspolitik in Ex-Jugoslawien verbannte er in das Reich der Mythen: die Schritte seien stets abgesprochen und somit multilateral gewesen. In der Diskussion um den Irak-Krieg 2002/2003 diagnostizierte Maull hingegen ein problematisches Abrücken vom Multilateralismus. Die Distanzierungen der deut-

Als das Neue nach 1990 identifizierte Maull ein „hollowing out“ der deutschen Außenpolitik, begründet im Verlust an Gestaltungsmöglichkeiten aufgrund von Komplexitätszuwachs und Machtdiffusion in der internationalen Politik und in inneren Problemen wie der Wiedervereinigung und der Vernachlässigung der Außenpolitik durch die Eliten. Die „neue“ deutsche Außenpolitik sei durch drei Punkte charakterisiert: Erstens ersetze die außenpolitische Aktion zunehmend die systematische Außenpolitik. Zweitens werde die Außenpolitik zunehmend durch Partikular-Akteure wie Wirtschaftsunternehmen instrumentalisiert („Domestizierung“). Drittens verleite die Europäisierung der Außenpolitik zu Attentismus oder zu nationalstaatlichem Aktionismus. ■

Stefan Köppl

Politiker im Medienstress

Journalisten, Pressesprecher und Politiker klären bei den „1. Bayerischen JugendMedienTagen“ ihr Verhältnis

Politik und Medien pflegen eine schwierige Beziehungskiste: Enge Zusammenarbeit, ja sogar Abhängigkeit, aber auch gegenseitige Ablehnung und Misstrauen prägen das Verhältnis. Politiker und Journalisten teilen sich die hinteren Ränge auf der Prestigeskala bekannter Berufe.

Praxisorientierte Einblicke in das komplizierte Beziehungsgeflecht unserer Mediendemokratie boten im Rahmen der „1. Bayerischen JugendMedienTage“ zwei Podiumsdiskussionen zum Verhältnis von Politikern und Journalisten. Auf Initiative unserer Akademie, des Mediencampus Bayern und der Jungen Presse Bayern fand dieser Kongress im Herbst 2005 zum ersten Mal statt und wollte jungen Medienmacherinnen und Medienmachern die Möglichkeit geben, bei Diskussionen mit Fachleuten und verschiedenen Workshops praktische Medienluft zu schnuppern.

Hohe Anforderungen

„Tausch von Information gegen Publizität“ – so beschreibt die Kommunikationswissenschaftlerin Juliana Raupp* von der Freien Universität Berlin das Verhältnis von Medien und Politik. Die Rolle der politischen Öffentlichkeitsarbeit dabei kann unterschiedlich gestaltet und bewertet werden: mal neutral als Presse- oder Kommunikationsberatung, mal eher negativ als „Spin-doctoring“. Allgemein setzt sie sich zum Ziel, Aufmerksamkeit für Politik zu generieren und handelt dabei in dem Spannungsfeld der Wünsche der Journalisten nach umfassenden Informationen und den Interessen ihres Auftraggebers. So unterscheiden sich die Aufgabenbeschreibungen von Pressesprechern wesentlich.

Während Simone Paulmichl, Pressesprecherin der Grünen im Bayerischen Landtag, versucht, durch die Zusammenarbeit mit den Medien Aufmerksamkeit auf Initiativen und Ideen ihrer Fraktion zu lenken, beinhaltet die Arbeit von Wolf Jung – bis Mitte 2005 stellvertretender Sprecher des Bayerischen Ministerpräsidenten – das Erklären des Handelns und der Beschlüs-

se der Staatsregierung. Interesse an seinem Arbeitgeber, der Staatskanzlei, muss nicht mehr geweckt werden, sondern ergibt sich durch die Regierungsverantwortung und exekutive Gewalt



Simone Paulmichl: Aufmerksamkeit der Medien auf Initiativen und Ideen ihrer Fraktion lenken.

wie von selbst. Der „Platz zwischen den Stühlen“, so Jung, stellt hohe Anforderungen an die politische Öffentlichkeitsarbeit: genaue Kenntnis der politischen Agenda und der journalistischen Mechanismen und Nöte sind Voraussetzung.

Dünne Personaldecke

Insgesamt konnte in den letzten Jahren ein Trend zur Professionalisierung der Public Relations (PR) beobachtet werden. Dem gegenüber steht ein Qualitätsverlust in der Berichterstattung. Journalisten sehen sich mit zunehmenden Zeitdruck konfrontiert. Vor allem bei Lokal- und Regionalredaktionen ist die Personaldecke mittlerweile so dünn, dass die Möglichkeit, sich in Themengebiete einzuarbeiten und selbst zu recherchieren, sehr eingeschränkt ist. Journalisten sind deshalb immer mehr auf die gut aufbereiteten Presseerklärungen der PR-Abteilungen oder kurze Statements der Politiker angewiesen.

Für Rudolf Erhard, Landtagsreporter beim Bayerischen Rundfunk und Vorsitzender der Bayerischen Landtagspresse, ist das „Verlautbarungsjournalismus und Mikrofonzuhältereie“.

Abhängig von Beratern

Gleichzeitig wird es jedoch für Journalisten immer schwieriger, direkt an Politiker heranzukommen. Wie in großen Unternehmen gibt es zentrale Pressestellen, die die Anfragen bearbeiten, die Zuständigen abschirmen oder – aus der Sichtweise des Pressesprechers Jung – die „Anfragen kanalisieren und Informationen bündeln“. Von der Seite der Politiker aus gesehen wird die Zusammenarbeit mit den Medien schwieriger.

Florian Pronold, Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der BayernSPD, beschrieb aus eigener Erfahrung („Kanzlerkritiker“) großes Medieninteresse als „sehr bedrückend“. Zeit, sich selbst in Themenbereiche einzuarbeiten, bliebe oft nur wenig und die Abhängigkeit von Beratern inner- und außerhalb der Fraktion steige. Auch die innerparteiliche Diskussion und Demokratie werde er-

* Ihre Thesen sind nachfolgend im Original dokumentiert

schwert, da die Geschwindigkeiten von Politikbetrieb und tagesaktuellem Journalismus nicht unbedingt kompatibel seien.

Lästige Inszenierung

Trotzdem profitieren Medien und Politiker in großem Maße voneinander: auf der einen Seite fordert die Presse aussagekräftige Statements und viele Informationen. Andererseits suchen auch viele Politiker die Öffentlichkeit.

Sigmund Gottlieb, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, empfindet die Inszenierungslust der Politikmanager und das Hineindrängen in die Medien eher als lästig: „Der Druck geht nicht nur von den Medien aus, sondern es besteht auch ein großes Bedürfnis seitens der Politiker zur Selbstdarstellung.“



Sebastian Beck: Nachteile bei der Aktualität durch Exklusivität ausgleichen. *Fotos: Becker*

Dem beipflichtend betont auch Sebastian Beck, Bayern-Ressortleiter der „Süddeutschen Zeitung“, den Informationsauftrag der Medien. Vor allem die Tageszeitungen stützen sich auf exklusive Berichte und Hintergrundgespräche mit Politikern, um ihre Nachteile bei der Aktualität auszugleichen.

„Jeder ist für sein Bild in der Öffentlichkeit verantwortlich“, so Georg Eisenreich, Mitglied der CSU-Landtagsfraktion. Jeder Politiker kann selbst entscheiden, ob er als „Querschläger“ in der eigenen Partei in den Medien genannt werden möchte oder ob er



Das politische Interview

Zeichnung: Mester

durch inhaltliche Kompetenz punkten möchte. Letztendlich bedeute diese Entscheidung, ob man den leichteren oder den schwierigeren Weg in die Öffentlichkeit nehmen möchte.



Rudolf Erhard beobachtet zunehmend „Verlautbarungsjournalismus und Mikrofonzuhälterei“.

Als Fazit konnte festgehalten werden, dass Politik und Medien sich immer weiter miteinander verschränken. Ob dies negativ oder positiv zu bewerten ist, muss man aber im Einzelfall entscheiden. Auf beiden Seiten gibt es „schwarze Schafe“ und unerwünschte Entwicklungen – zum Beispiel der ökonomische Druck auf die Journalisten oder der Trend bei Politikern, un-

bedingt in die Medien zu wollen, egal mit was. Es gibt aber auch positive Entwicklungen. Sigmund Gottlieb beobachtet, dass sich das Niveau der journalistischen Berufsanfänger steigert und dass die Volontäre schon viele Er-

„Der Druck geht nicht nur von den Medien aus, sondern es besteht auch ein großes Bedürfnis seitens der Politiker zur Selbstdarstellung.“

Sigmund Gottlieb

fahrungen im Medienbereich aufweisen können. Die Transparenz, die der Bürger von der Politik einfordern kann, muss nicht unter der genannten Verschränkung leiden. „Die deutsche Medienlandschaft ist so breit gefächert, dass es für alle Meinungen ein Forum gibt, und sie bietet Möglichkeiten, sich umfassend zu informieren“, so Gottlieb. Und Juliana Raupp sieht im gleichberechtigten Verhältnis zwischen Journalisten und politischen PR-Strategen nur positive Effekte für Politiker, Medien und Bürger. ■

Agnes Becker/Michael Schröder

Zwischen den Stühlen

Thesen zum Verhältnis von Medien und Politik und zur politischen Öffentlichkeitsarbeit

von Dr. Juliana Raupp, Freie Universität Berlin

1. Lange war es üblich, das Verhältnis von Medien und Politik unter der Fragestellung zu betrachten: Wer beeinflusst wen? Sind es die Politiker, die den Medien den Takt vorgeben, oder sind es die Medien, die die Politik vor sich hertreiben? Für beide Positionen lassen sich Argumente finden: Die Politik dominiert die Medien, denn erstens gibt sie den rechtlichen Rahmen vor, in dem sich die Medien bewegen. Zweitens liefert die Politik die Themen und Anlässe der Berichterstattung. Für die andere Position – die Medien dominieren die Politik – lässt sich als Argument anführen, dass es die Medien sind, die den Politikern ihre Logik aufdrängen. Denn Politik folgt – gezwungenermaßen – den Spielregeln der Medien. Diese beiden Positionen stehen scheinbar im Widerspruch zueinander.

Gegenseitige Abhängigkeit

2. Bei genauerem Hinsehen löst sich der Widerspruch jedoch auf. Die Frage, wer wen beeinflusst, kann nicht mit einem entweder/oder beantwortet werden. Stattdessen möchte ich von einem wechselseitigen Verhältnis sprechen, von gegenseitigen Beeinflussungen und Abhängigkeiten von Medien und Politik. Beide Seiten sind aufeinander angewiesen, und sie verfolgen jeweils eigene Interessen. Diese Interessen entsprechen sich: Verkürzt gesagt, geht es um einen Tausch von Information gegen Publizität.

3. In sachlicher Hinsicht sieht dieses Tauschgeschäft wie folgt aus: Politische Sachthemen werden meist von der Politik angestoßen. Welchen Verlauf die öffentliche Diskussion über die politischen Themen nimmt – wie die sogenannte Themenkarriere verläuft – hängt indes davon ab, wie die Medien über die Themen berichten.

Medien bestimmen das Tempo

4. In zeitlicher Hinsicht gilt, dass die Medien weitgehend der politischen Agenda folgen. Wird ein politisches Ereignis, etwa ein Parteitag, inszeniert, so sind die Medien zur Stelle, um aktuell über dieses Ereignis zu berichten. Doch gleichzeitig gilt, dass die Medien das Tempo bestimmen. Politische Entscheidungsprozesse sind oft lang-



Kommunikationsforscherin Juliana Raupp: „Der professionellen strategischen Öffentlichkeitsarbeit muss ein qualitativ hochwertiger Journalismus gegenüberstehen.“

wierig. Die Medien aber fordern stets neue, stets aktuelle Stellungnahmen zu anstehenden politischen Entscheidungen. Damit üben sie einen Zeitdruck auf die Politik aus.

5. Auch in personeller Hinsicht besteht ein Geben und Nehmen zwischen Politik und Medienvertretern: Der Kommunikationswissenschaftler Otfried Jarren spricht von einem Arbeitsbündnis, das Journalisten und Politiker ein-

gehen. Institutionelle Arrangements wie zum Beispiel Pressekonferenzen sorgen dafür, dass der Tausch von Information gegen Publizität zwischen Politikern und Journalisten vonstatten geht.

Figuren im Interessenspiel

6. Damit komme ich zur politischen Öffentlichkeitsarbeit: Welche Rolle spielen die Öffentlichkeitsarbeiter im Interessenspiel zwischen Politik und Medien? Wer macht überhaupt politische Öffentlichkeitsarbeit? Zunächst einmal müssen wir feststellen, dass wir es hier mit einem Verwirrspiel von unterschiedlichen Berufsbezeichnungen zu tun haben. Unter dem Oberbegriff politische Öffentlichkeitsarbeit können so unterschiedliche Arbeitsfelder wie das der Pressearbeit, der Public Relations, des Spin-doctoring, der Kommunikationsberatung und des Kampagnenmanagements zusammengefasst werden. Gemeinsam ist all diesen Tätigkeiten, dass es darum geht, Aufmerksamkeit für Politik in der Mediendemokratie herzustellen.

7. Politische Öffentlichkeitsarbeit sitzt dabei zwischen den Stühlen: Einerseits ist es ihr Ziel, für eine möglichst positive Darstellung der eigenen politischen Organisationen in den Medien zu sorgen. Um das zu erreichen, muss die Öffentlichkeitsarbeit die Spielregeln der Medien kennen. Nicht selten sind Pressesprecher ehemalige Journalisten, die wissen, wie man Inhalte mediengerecht aufbereitet, welche Informationen für Journalisten interessant sind und welche nicht. Andererseits sollen die Inhalte politisch angemessen vermittelt werden; von Öffentlichkeitsarbeitern wird auch eine genaue Kenntnis der politischen Machtverhältnisse und Konstellationen erwartet. Nicht selten haben Öffentlichkeitsarbeiter deshalb auch einen politischen Hintergrund.

Nicht nur Sprachrohr

8. Die Anforderung, sowohl den Erwartungen der Medien als auch denen der Politik gerecht zu werden, stellt hohe Ansprüche an die politische Öff-



fentlichkeitsarbeit. Kommunikative und strategische Kompetenzen sind gefragt, wenn Parteien, Ministerien oder einzelne Politiker so aufgestellt werden sollen, dass sie in der Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Vertrauen in der Mediendemokratie bestehen können. Politische Öffentlichkeitsarbeit darf nicht nur Sprachrohr der Politik sein, sondern sie muss selbst – in Kenntnis der Funktionsweisen des Mediensystems – politische Kommunikation gestalten.

9. Dazu bedarf es einer Professionalisierung der politischen Kommunikationsstrategien. Das in diesem Zusammenhang häufig geäußerte Vorurteil, professionelle strategische Kommunikation könne der parlamentarischen Demokratie abträglich sein, unter-

schätzt die Leistungsfähigkeit eines pluralistisch verfassten politischen Systems. Eine politische Organisation kann, bei aller strategisch-kommunikativen Ausrichtung, niemals die Kontrolle über die Inhalte der Medienberichterstattung gewinnen. Die politische Konkurrenz bietet immer auch andere Deutungsmöglichkeiten und die Medien entscheiden letztendlich selbst, welche Themen und Personen wie dargestellt werden.

Auf Augenhöhe

10. Der professionellen strategischen Öffentlichkeitsarbeit muss aber auch ein qualitativ hochwertiger Journalismus gegenüberstehen. In dem Maße, in dem Redaktionen nur noch auf den ökonomischen Erfolg schielen (müs-

sen), in dem Maße, in dem Journalisten unter Zeit- und Effizienzdruck gesetzt werden, in dem Maße, in dem Outsourcing stattfindet, geraten die Medien in Abhängigkeit von PR-Zulieferern.

Das fragile Verhältnis der gegenseitigen Beeinflussung und Abhängigkeit zwischen Medien und Politik, das ich eingangs skizziert habe, ist nur dann ein Verhältnis zum beiderseitigen Nutzen – und zum Nutzen der Bürger und Bürgerinnen – wenn sich beide Seiten auf Augenhöhe begegnen. ■



Zeichnung: Mester

Die demografische Zeitbombe

Experten diskutierten Probleme, Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten

Kein Zweifel: Das Thema „Demografischer Wandel“ nimmt in der öffentlichen Diskussion immer mehr an Fahrt auf. So gab nur wenige Tage vor der Tutzing Veranstaltung, die in bewährter Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung durchgeführt wurde, Bundespräsident Horst Köhler in Berlin den Startschuss für eine Veranstaltungsreihe zu diesem Thema.

Den Zustand zu analysieren, Zukunftsperspektiven zu erörtern sowie Handlungsspielräume auszuloten, darin bestanden die Ziele dieser Tagung, für die Wissenschaftler und Praktiker als Referenten gewonnen werden konnten, die die deutsche Diskussion nicht nur kennen, sondern maßgeblich mitbestimmen. Thema wie Renommee der Referenten hatten viele Medienvertreter (u.a. WDR, MDR, Deutschlandfunk, Spiegel, Südwest-Presse) nach Tutzing gelockt.

So vielschichtig die Ursachen für den Bevölkerungsrückgang und die Verschiebung der Altersverteilung sind, so komplex gestalten sich auch die daraus resultierenden Folgen. Gesellschaftliche Werteververschiebung in Richtung Individualisierung und die Priorität materieller Werte, zunehmende zwischenmenschliche Bindungsflexibilität und geforderte Mobilität im Berufsleben führen dazu, dass sich immer weniger Frauen und Männer für Kinder entscheiden. Andererseits folgt aus der ständig sich verbessernden gesundheitlichen Versorgung eine längere Lebenserwartung. Die Altersgruppe „60 plus“ wächst, während die Kindergeneration schrumpft. Die Folgen dieser Entwicklung sind fatal: Die sozialen Sicherungssysteme – Rentenversicherung wie Gesundheitssystem – scheinen ohne einschneidende Reformen in ihrer Existenz gefährdet. Der Generationenvertrag, installiert in einer Zeit, in der allgemein von konstanten Geburtenraten und Wirtschaftswachstum ausgegangen wurde, funktioniert so nicht mehr. Wohnformen ändern sich, Kleinfamilie und Senioren-Wohngemeinschaft ersetzen Großfamilienstrukturen.

Wie reagieren Politik und Wirtschaft auf diese Herausforderungen? Was erwartet die Kommunen, wenn es immer weniger und immer ältere Einwohner gibt? Ist der Bevölkerungsschwund tatsächlich eine unerbittlich tickende „Zeitbombe“, die nicht mehr „entschärft“ werden kann?



Herwig Birg: „Wahl zwischen Pest und Cholera!“

Immer mehr 60 plus

Herwig Birg von der Universität Bielefeld brachte die demografischen Zukunftsaussichten unserer Gesellschaft mit dem Satz „Die deutsche Bevölkerung schrumpft und altert“ auf den Punkt. Drei Trends, so der Bevölkerungsforscher, seien für diese Entwicklung verantwortlich:

1) Das Fortpflanzungsverhalten: Frauen bekommen schon seit geraumer Zeit zu wenig Kinder. Auffallend sei dabei einerseits, dass es immer mehr Frauen gebe, die überhaupt keine Kinder hätten. Andererseits würden vor allem Frauen mit Zuwanderungshintergrund in Deutschland Kinder gebären und damit die Statistik nicht noch schlechter aussehen lassen.

2) Sinkende Mortalität: Kinder, die im Jahr 2000 geboren wurden, haben eine durchschnittliche Lebenserwartung von 100 Jahren, Tendenz steigend. Zukünftig, so Birg, werde es also immer mehr alte und sehr alte Menschen und immer weniger Junge in unserer Gesellschaft geben. Im Jahr 2100 werde auf jeden Über-65ig-Jährigen nur mehr einer kommen, der jünger sei und dessen Rente finanzieren müsse.

3) Migration: Im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung spielt Einwanderung für die demografische Struktur Deutschlands eine bedeutende Rolle. Der über lange Jahre positive Wanderungssaldo schwächte bisher die Tendenzen der Bevölkerungsschrumpfung und -alterung erheblich ab.

Vorprogrammierter Kollaps

Ohne Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme wäre deren Kollaps vorprogrammiert: Im Falle der Fortschreibung der aktuellen Rentenbeiträge würde das Rentenniveau 2050 auf circa 30 Prozent sinken. Würde man das Rentenniveau beibehalten, müsste im Gegenzug der Beitragssatz zur Rentenversicherung 2050 auf etwa 47 Prozent der Löhne steigen. Bei den Kranken- und Pflegekassen sei eventuell eine noch drastischere Entwicklung abzusehen. Stark steigende Beitrags-

Die meisten der Vorträge liegen als PDF-Dateien vor. Sie können über folgenden Link aufgerufen und unentgeltlich herunter geladen werden:

http://www.petra-kelly-stiftung.de/sites/rblick.pl?90.txt_uebersicht_164

sätze und gleichzeitige massive Leistungskürzungen wären unabwendbar.

Die mögliche Ursachenbekämpfung wurde in den 70er und 80er Jahren verschlafen. Jetzt gehe es Birg zufolge lediglich noch um die Frage, auf welche Schultern die Lasten verteilt werden sollen: „Es ist die Wahl zwischen Pest und Cholera!“ Er formulierte aber auch einige Vorschläge, um die Konsequenzen etwas abzumildern, darunter familienpolitische Maßnahmen wie die Einführung des Familienwahlrechts oder eine drastische Anhebung der Unterstützungsleistungen für Familien und Kinder. Am notwendigsten, so Birg, sei aber eine gesellschaftliche Bewusstseinsänderung: „Das Leben sollte als empfangenes Geschenk empfunden werden mit der Verpflichtung, es an nachfolgende Generationen weiterzugeben.“

Strategien

Weitet man den Blick auf weitere Industrieländer, so ist festzustellen, dass eine Reihe von Ländern bereits frühzeitig begonnen haben, steuernd auf den demografischen Wandel einzuwirken. Ole Wintermann, Mitarbeiter im Projekt „Aktion demographischer Wandel“ der Bertelsmann Stiftung identifizierte drei Strategien:

1) Wertestrategie: Hierbei werden in einer allgemein gehaltenen Erklärung die Probleme der demografischen Entwicklung aufgezeigt und die Verantwortung für die zukünftigen Generationen betont. Die Politikziele werden entlang dieser Maßstäbe ausgerichtet. Zur Kontrolle wird ein Gremium installiert. So wurde beispielsweise in Israel die „Commission for Future Generations“ und in Ungarn ein „Ombudsman for Future Generations“ eingerichtet.

2) Eine die Gesellschaft einbeziehende Gesamtstrategie: Neben Schweden, Korea, Australien wird diese Idee in Kanada verfolgt. Konkret wurden dort im „National Framework on Ageing“ zuerst Leitbild und Prioritäten definiert. Darüber hinaus wurde die Kommunikation zwischen Altersforschung und Politik verstärkt und ein Sekretariat für Demografie an das Kabinett



v.l.: Reinhold Koch, Hans Bertram, Susanne Tatje, Tagungsleiter Jürgen Weber und Manfred Schwarzmeier, Meinhard Miegel. Fotos: Becker

Bücher zum Thema:

Birg, Herwig: Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über die Zukunft sagt. München: C. H. Beck 2005.

Birg, Herwig: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München: C. H. Beck 2005.

Birg, Herwig: Bevölkerungsentwicklung. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 2004 (Informationen zur politischen Bildung, Nr. 282).

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB): Bevölkerung. Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen. Die wichtigsten Fragen. Wiesbaden: BIB 2004.

Kaufmann, Franz-Xaver: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2005.

Miegel, Meinhard: Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen. Berlin / München: Propyläen Verlag 2002.

Miegel, Meinhard: Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft? Berlin / München: Propyläen Verlag 2005.

Niejahr, Elisabeth: Alt sind nur die anderen. So werden wir leben, lieben und arbeiten. Frankfurt a. M.: S. Fischer 2004.

Link-Tipps fürs Netz:

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB):
www.bib-demographie.de

Institut für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung der Universität Bielefeld: www.uni-bielefeld.de/gesundhw/ag8/

Bundesministerium für Bildung und Forschung – Transferprojekte zum Demografischen Wandel: www.demowerkzeuge.de/

Bertelsmann-Stiftung – Forum Demographischer Wandel:
www.bertelsmann-stiftung.de

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: www.bbr.bund.de

Projekt „Demographische Entwicklungsplanung“, Stadt Bielefeld:
www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/demo/



angeschlossen. Auch sollen die Bürger mehr an Zukunftsentscheidungen beteiligt werden, was bei der Rentenreform 1997 bereits erfolgreich praktiziert wurde.

3) Strategien, die bestimmte Politikfelder betreffen: Ein Beispiel hierfür ist die Rentenreform in Finnland. Sie zielte auf eine Anhebung des Renteneintrittsalters. Der Rentenzugang wurde flexibel zwischen 62 und 68 Jahren mit jeweiligen Zu- bzw. Abschlägen geregelt. Des Weiteren wurde ein Lebenserwartungsfaktor eingeführt, der die tatsächliche Höhe der monatlichen Rente bestimmt.

Franz Ruland, ehemaliger Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherer (VDR), identifizierte für den Bereich Rentenversicherung die Verlängerung der Rentenlaufzeiten als Kernproblem. Betrugten diese 1960 noch 9,9 Jahre, so waren es 2004 bereits 17 Jahre – eine Steigerung um 70 Prozent! „Trotz vieler bereits gemachter Hausaufgaben,“ so Ruland, „wird das Rentenniveau bis 2030 um circa 17 Prozent abnehmen.“ Unbestreitbar sei aber auch, dass die Versicherten – auf den Durchschnitt der Lebenserwartungen hin gesehen – mehr heraus bekommen, als sie während ihres Einzahlungszeitraums einbezahlen. Die Rendite werde 2030 voraussichtlich bei 3 Prozent liegen.

Keine Patentrezepte

Wie die Kommunen mit dem demografischen Wandel umgehen, behandelten Susanne Tatje, Projektbeauftragte Demografische Entwicklungsplanung in Bielefeld sowie Martin Spangenberg vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn. Tatje zufolge gibt es keine Patentrezepte, zu unterschiedlich seien Städte und Regionen strukturiert. Am Beispiel Bielefelds führte sie aus, wie der demografische Wandel bei kommunalen Belangen an Bedeutung gewinnt. So stand am Anfang die Einrichtung einer Stabsstelle „Demografischer Wandel“, deren Aufgabe es war, ein kommunales Handlungskonzept zu entwickeln. Nach einer Bestandsaufnahme wurden sechs Handlungsfelder formuliert: Familienpolitik, Wirtschaftsförderung, Migra-

tion und Integration, Wissensstadt, Stadterneuerung und Stadtentwicklung sowie Alten- und Gesundheitspolitik. Tatje verwies darauf, dass die Umdenkprozesse innerhalb der Dezernate langwierig seien. Dies habe sich auch besonders bei der mangelhaften Zusammenarbeit zwischen Bielefeld und den umliegenden Kommunen gezeigt.

Neueste Daten aus dem Raumordnungsbericht 2005 stellte Martin Spangenberg vor. Dabei wurde sehr deutlich, dass sich auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten massive Bevölkerungsverschiebungen ergeben

werden. So zeigen Prognosen, dass die Abwanderungswelle aus den ostdeutschen Bundesländern in Richtung Alt-Bundesländer abgesehen von wenigen Landstrichen weiterhin anhalten werde. Auch er betonte, dass die Erkenntnisse der auf Landkreise bezogenen Bevölkerungsverteilung bei den Verantwortlichen vor Ort immer noch viel zu wenig berücksichtigt würden. So werde viel zu oft am zukünftigen Bedarf vorbei geplant. Schon in den vergangenen 40 Jahren hat eine nahezu gleich bleibende Zahl von Menschen immer mehr Fläche verbraucht (vgl. Grafik auf der nächsten Seite). Hier sei Umdenken dringend nötig.

„Alt sind nur die Anderen“

Elisabeth Niejahr beschreibt in ihrem Buch „Alt sind nur die Anderen. So werden wir leben, lieben und arbeiten“ auf den Seiten 157 und 158 eine Wohnsiedlung in Köln, die als Vorbild dienen könnte:

„32 Parteien haben sich in der Wohnanlage „Mobilé“ eingerichtet – junge Familien, allein erziehende Mütter und Alleinstehende im Rentenalter. Ungefähr ein Drittel der Bewohner sind Ruheständler. Viele wohnen zur Miete in preiswerten, aber hellen und modernen Sozialwohnungen, andere haben ihre Wohnungen gekauft. Die Innenstadt ist nah und gut durch öffentliche Verkehrsmittel zu erreichen, die meisten Älteren haben deshalb ihre Autos abgeschafft. Der ganze Wohnblock ist mit Rücksicht auf alte Menschen gebaut, mit breiten, rollstuhlgerechten Fahrstühlen und geräumigen Badezimmern. Es gibt einen Gemeinschaftsraum, der gemietet werden kann und für gemeinsame Treffen offen steht, außerdem ein Stadtteilcafé. Der Umgang miteinander lässt sich vielleicht mit einer gut funktionierenden Dorfgemeinschaft vergleichen. Man hilft einander aus – die Älteren hüten gelegentlich die Kinder von nebenan, die Jüngeren schleppen dafür schwere Einkaufstaschen oder bringen im Rentnerhaushalt Gardinenhaken an. Mehr als eine überdurchschnittliche Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit wird nicht verlangt. (...) Das Zusammenleben in der Kölner Hausgemeinschaft wirkt unkompliziert, vermutlich taugt sie gerade deswegen als Modell für die Altengesellschaft von morgen: Man braucht weder Geld noch Glück, noch Beziehungen oder gar Wohngemeinschaftserfahrung, um mitzumachen. Das Attraktivste am Wohnprojekt in Köln-Weidenpesch ist seine Normalität.“



Für Bayern stellte Reinhold Koch vom Bayerischen Wirtschaftsministerium die Lage dar. Die Bevölkerung Bayerns, so Koch, sei jünger als der deutsche Bevölkerungsdurchschnitt. Die Ursache hierfür liege aber nicht in der ausgeprägteren Gebärfreudigkeit, sondern in Wanderungsgewinnen, vor allem aus den neuen Bundesländern. Dieser Faktor führe aber lediglich dazu, dass sich die Alterung verlangsamen.

„Vor allem deutsche junge Männer“, so Hans Bertram von der Berliner Humboldt-Universität, „verweigern immer häufiger die Gründung einer Familie.“ Besonders in „modernen“ Berufen begreifen Männer wie Frauen zunehmend Partnerschaft und Nachwuchs nicht mehr als „hilfreich“. „Wir haben uns der Arbeitswelt angepasst – und darüber vergessen, dass für eine Gesellschaft auch noch andere Leistungen nötig sind, die man mit dem Begriff ‚Care‘ beschreiben könnte“, so Bertram. Was wir auf der individuellen Ebene begrüßen (zunehmende Le-

benserwartung, mehr Lebensgestaltungsoptionen junger Frauen) stellt uns auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene vor immense Probleme. Hinzu komme, so der Familienforscher, dass das Subsidiaritätsmodell am Kippen sei: intrafamiliäre Unterstützungsbereitschaft sinke in dem Maße wie die Erwartung gegenüber dem Fürsorgestaat steige. Bertram plädierte für neue Zeitmodelle. Berufsverläufe von Frauen und Männern müssten so konstruierbar sein, dass „etwas anderes machen“ nicht gleichbedeutend sei mit Unterbrechung der Erwerbsbiographie. Ansätze wie das Elterngeld seien deshalb zu begrüßen, reichten aber bei weitem nicht aus.

„Bildung“, so Meinhard Miegel, „ist vor allem anderen verantwortlich für diesen fundamentalen kulturell-zivilisatorischen Wandel, der die jüngere Entwicklung des Menschen charakterisiert. Die sich immer mehr steigende Lebenserwartung sei eine Folge dieses „Lebens in einer durch und durch künstlichen Welt.“ Miegel zitierte Ur-

sula Lehr, Familienministerin zwischen 1988 und 1991 und Altersforscherin, die dieses Problem einmal so beschrieb: „In diesem Land lässt nicht nur die Geburtenfreudigkeit, sondern auch die Sterbefreudigkeit erheblich zu wünschen übrig!“ Der Begriff „Wandel“, so Miegel, bedeute in den westlichen Ländern derzeit Kontraktion, im Weltmaßstab aber Expansion. Dabei sei aber klar, dass mit zunehmender Bildung im weltweiten Maßstab die Entwicklung der Menschheit den Weg nehmen werde, den die Bevölkerungen der westlichen Industrieländer bereits heute beschreiten. „Die deutsche Gesellschaft hat das Humankapital gegen das Realkapital getauscht.“ Miegel äußerte die Befürchtung, dass sich daran solange nichts ändern werde, solange wir eine so ökonomiefokussierte Gesellschaft haben. Der einzige Ausweg sei die Rejustierung der Gesellschaft auf den Zielpunkt: „Wiederentdeckung des Kindes!“ ■

Agnes Becker
Manfred Schwarzmeier

(siehe Presseschau Seite 38)

Entkoppelung von Bevölkerungs- und Siedlungs- bzw. Verkehrsflächenentwicklung 1961-2001 in den alten Bundesländern

Anmerkungen: Daten jeweils 31.12. des Vorjahres, teilweise interpoliert; bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche wurden die Erhebungsgrundlagen zwischen 1978 und 1980 geändert, bei den Erwerbstätigen wurden sie zwischen 1990 und 1991 geändert und umfassen dann nur noch alte Länder ohne Berlin.

© BBR Bonn 2002

Quellen: Statistisches Bundesamt,
Laufende Raumbearbeitung des BBR

Islamismus als Herausforderung und Bedrohung

Wissenschaftler und Sicherheitsexperten zeichnen ein differenziertes Bild – Anforderungen an die deutsche Gesellschaft

Seit den Bombenanschlägen von Madrid und London ist klar: der islamistische Terror ist in Europa angekommen. Wie Verhaftungen vor geplanten Anschlägen zeigen, dienen Deutschland und Europa nicht nur mehr als Rückzugs- und Planungsregion, sondern auch zunehmend als Aktions- und Rekrutierungsraum. In der von Michael Piazolo und Jürgen Weber geleiteten Tagung „Islamismus als sicherheitspolitische Herausforderung“ sollten die Hintergründe, Ursachen und Erscheinungsformen, die Gruppierungen des Islamismus und mögliche Bekämpfungsstrategien aus der Sicht von Wissenschaftlern und Praktikern beleuchtet werden.

„Islam ist eine Ordnung ganz eigener Art, gestützt auf die Texte vom Propheten, allumfassend, in sich geschlossen, nach außen abgegrenzt und steht in Konkurrenz zu allem Ehemaligen und Zukünftigen.“ So fasste Gudrun Krämer (FU Berlin) das Credo der Islamisten zusammen. Die Glaubensvorstellungen des Islamismus können auf drei Formeln gebracht werden:

- Anwendung der Sharia
- Islam ist die Lösung
- Islam ist Religion und Staat

Damit richtet sich der Islamismus nicht nur gegen den Westen, sondern auch gegen Muslime, die Religion als private Angelegenheit sehen und einen muslimischen Staat und die Anwendung der Sharia nicht als notwendig erachten. Vor allem wendet er sich gegen Säkularisierte, die als „gottlose Gesellen“ angesehen werden und denen totale moralische Verworfenheit unterstellt wird. Obwohl die Islamisten nur einen kleinen Teil der Muslime ausmachen, stimmen sie z.B. in ihrer heftigen Kritik an Israel oder der Verurteilung von Korruption in der Politik mit weiten Teilen der arabischen Gesellschaft überein. So kann der Islamismus in diesen Bereichen auf breite Unterstützung zählen, Gewalt und Anschläge werden jedoch von der überwiegenden Mehrheit der Muslime verurteilt. Die islamistischen Strömun-

gen sind sehr vielfältig und schwer zu identifizieren. Es kann sich um Bruderschaften, Vereine, einzelne Vordenker oder sonstige Gruppierungen handeln. Gemeinsam ist ihnen die islamische Verantwortungsethik, die besagt, dass jeder Muslim verpflichtet ist, die richtige Anwendung und Ausübung des Islam zu überwachen. Jedoch „reiche es nicht, was man denke und schreibe,



*Gudrun Krämer: „Das militante Lager macht nur eine kleine Minderheit der Islamisten aus.“
Fotos: Becker*

sondern was zählt, ist die Tat“, so Krämer. Wie sich diese Aktion dann ausgestalte, als Einsatz für Bedürftige oder Missionsarbeit oder als militantes Handeln, sei eine Frage der Auslegung. Islamistische Gruppierungen an Hand programmatischer Aspekte zu gliedern, sei nicht möglich. Meist werden sie autoritär nach dem Gehorsamkeits-

prinzip geführt und verfolgen alle das Ziel, einen islamischen Gottesstaat zu errichten. Das militante Lager, das nur eine kleine Minderheit der Islamisten ausmacht, sieht auf der staatlichen Ebene keine Möglichkeit, seine Vorstellungen zu verwirklichen. Deshalb sucht man den Weg über Gewalt (einen Djiha) und Revolution. Dagegen sehen die Pragmatiker und Moderaten diese Strategie als kontraproduktiv an. Sie verfolgen das „Graswurzelpinzip“, das heißt eine Veränderung der Gesellschaft von unten, um dann die Rechtsordnung zu verändern. Gewalt ist für sie allenfalls zur Selbstverteidigung erlaubt.

Zentrale Koordination

Auf die konkreten Aktivitäten islamistischer Gruppen in Deutschland ging der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Wolfgang Weber, ein. Die Gefahr dieser Gruppierungen ergibt sich aus der Mischung ihrer Ideologie von einem islamischen Gottesstaat mit einem menschenverachtenden Fanatismus. Die besondere Struktur und das Vorgehen der Islamisten stellen die Sicherheitsbehörden vor große Probleme: Zum ersten sind die Gruppen schwer zu fassen. Die Grenzen zwischen islamischen Zusammenschlüssen und militanten Gruppen



Wolfgang Weber: „Sicherheitsbehörden reagieren auf die Bedrohung mit einem ganzheitlichen Ermittlungsansatz.“

verlaufen fließend und manchmal dienen Veranstaltungen legaler islamischer Vereine zur Rekrutierung späterer Terroristen. Zum zweiten sind islamistische Terrorgruppen netzwerkartig organisiert. Verbunden sind die einzelnen nicht über Personen, sondern durch die Ideologie. Die Sicherheitsbehörden reagieren auf diese Bedro-

hung mit einem ganzheitlichen Ermittlungsansatz. Das heißt, das Wissen verschiedener staatlicher Behörden wird kombiniert und zur Bekämpfung des Terrorismus verwendet. Auch wurde die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz auf internationaler und nationaler Ebene verstärkt. So konnte in Berlin eine zentrale Koordinierungsstelle für alle Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder eingerichtet werden. Eine zentrale Datenbank für Terrorismusverdächtige ist in Planung.

Reinhard Erös, ehemaliger Oberstarzt der Bundeswehr und Leiter des Vereins „Kinderhilfe Afghanistan“, konnte aus eigener Erfahrung über die Folgen des Krieges berichten. Aus zahlreichen Reisen durch Afghanistan und Hilfseinsätzen vor Ort kennt er die schwierige Lage im Land. Dort leben verschiedenste Volksgruppen zusammen, teilweise Sunniten, teilweise Schiiten, teilweise in Stämmen organisiert und mit unterschiedlichen Sprachen. Aus historischen und aktuellen Konstellationen heraus erfahren die verschiedenen Gruppen von den umliegenden Staaten, zum Beispiel Pakistan, Indien, aber auch Saudi Arabien, Unterstützung.

Die Gruppe der Taliban setzt sich hauptsächlich aus Paschtunen zusammen. Sie pflegen nahe Kontakte zu Pakistan – selbst bei pakistanischen Regionalwahlen konnte ihr Kandidat sich durchsetzen. Ziel der Taliban ist die Schaffung eines „Paschtunistan“ also eines paschtunischen, sunnitischen Gottesstaates. Hier soll ein rigider, bodenständiger Islam gelebt werden.

Fortschrittsdenken, Toleranz und Bildung sind unter den Taliban kaum verbreitet, sie orientieren sich an dem jahrhundertealten Moralkodex der Paschtunen und hegen einen hohen moralischen Anspruch.

Terror und Gewalt werden von den Taliban als Mittel angewandt, um ihre religiösen Vorstellungen durchzusetzen, dabei kommen jedoch Selbstmordattentate für sie nicht in Frage. Damit unterscheiden sie sich von den internationalen islamistischen Terroristen.

Schwindende Dialogbereitschaft

Nach dem Blick über Deutschland hinaus beleuchtete Peter Frisch, ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die Situation und die Zukunftsaussichten der Integration von Muslimen in Deutschland. Momentan, so Frisch, bestehen Gräben zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Bei vielen Nichtmuslimen erzeugen die Anschläge islamischer Terroristen Angst, Abwehr und Vorbehalte gegenüber dem Islam. Die Muslime hingegen sehen sich durch die Maßnahmen der Sicherheitsbehörden, wie Vereinsverbote und verstärkte Personenkontrollen, diskriminiert.



Peter Frisch forderte die Muslime auf, sich deutlich vom islamischen Terrorismus zu distanzieren und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben in Deutschland zu beteiligen.

Insgesamt schwindet auf beiden Seiten die Dialogbereitschaft. Das Verständnis füreinander und die Gegensätze in der Lebensgestaltung vertiefen sich, bis zur Bildung der häufig erwähnten Parallelgesellschaften. Jedoch sollte klar sein, dass der Islamismus und auch einige Traditionen des Islam, die auf jegliche Gewalt verzichten, nicht mit den Grundwerten des Grundgesetzes vereinbar sind. Political correctness und übergroße Toleranz, die manchmal bis zur Aufgabe unserer Grundrechte reiche, betonte Frisch, stehen der Integration eher im Weg. Ein Zusammenleben erscheint nur un-

ter drei Voraussetzungen möglich: Erstens die rechtsstaatliche Bekämpfung des Terrorismus muss gewährleistet sein. Zweitens die Auseinandersetzung im politischen Bereich muss verstärkt werden. Dies schließt die Aufklärung von Deutschen und Muslimen über Ziele, Auswirkungen und Gefahr des Islamismus, die Information über die Notwendigkeit und Grenzen der Maßnahmen gegen den Islamismus, wie auch die Thematisierung der Rolle und des Gefahrenpotenzials des politisch handelnden, nicht gewalttätigen Islamismus ein. Drittens müssen Muslime in die deutsche Gesellschaft integriert werden. Ziel sollte dabei ein Miteinander unter Wahrung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Grundsätze des Islam sein. Dafür muss auf beiden Seiten der Wille zur Integration und die Bereitschaft, die Konsequenzen aus diesem Dialogprozess zu ziehen, gegeben sein. Von den Deutschen fordert dies die Akzeptanz von Ausländern als gleichwertige Mitbürger und die Abkehr von jeder Art der Fremdenfeindlichkeit, Akzeptanz der anderen Sitten und Bräuche des Islam. Außerdem müssen Angebote für Deutschkurse und zur Einbindung der Muslime geschaffen werden. Die Muslime hingegen sind aufgefordert, sich deutlich vom islamischen Terrorismus zu distanzieren und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben in Deutschland zu beteiligen.

Terrorismusfinanzierung

Die Frage, aus welchen Quellen islamistische Gruppen ihre Mittel beziehen, stand im Mittelpunkt des Referates von Kriminalhauptkommissar Peter El-Samalouti. „Die deregulierten Finanzmärkte“, so der Experte für Terrorismusfinanzierung der nordrhein-westfälischen Polizei, „können von der organisierten Kriminalität und von terroristischen Netzwerken missbraucht werden.“ Prägend für das islamische Finanzsystem ist das Zinsverbot und die Armensteuer (Zakat). Nach der Sharia müssen Einnahmen aus Zins- oder anderen „unreinen“ Geschäften humanitären Einrichtungen gespendet werden. Islamische Handelsbanken bieten an, die Armensteuer nach religiösen Gesichtspunkten anzulegen.



Eine zweite Besonderheit ergibt sich aus der Ölpreissteigerung 1973. Die Petrodollars flossen der Islamic Development Bank zu, die dann die Gelder über die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) an ihre Mitgliedstaaten verteilte. Dabei wurde der Geldfluss an die Bedingung der Förderung von Koranschulen und von Islamisierung geknüpft. Darauf, dass dieses Geld nun direkt Terrorgruppen zukommt, gibt es nur Hinweise, ein klarer Beweis kann nicht geführt werden.



Peter El-Samalouti erläuterte die Geldquellen des internationalen Terrorismus.

Allgemein können drei Finanzierungsformen des Terrorismus unterschieden werden: Erstens Finanzierung durch kriminelle Aktivitäten, z.B. Drogenhandel, Spendengelderpressung, Kredit- bzw. Telefonkartenmissbrauch oder Überfälle. Zweitens legale Finanzierungsquellen durch Mitgliedsbeiträge und Abonnentengelder, Spenden, Veranstaltungen und Publikationen. Drittens Unterstützung und Finanzierung durch Staatsterrorismus. Dieser dritte Bereich hat jedoch seine Bedeutung verloren, während die legalen Finanzierungsformen zunehmen. Durch die Verfolgung der Geldflüsse, die Geldwäschebekämpfung und das Abschöpfen kriminell erlangter Erlöse wird versucht, die Geldquellen der Terroristen auszutrocknen. Auf internationaler Ebene wurde durch die UNO Resolution 1373, die die Möglichkeit bietet, weltweit verdächtige Vermögenswerte einzufrieren, ein wichtiger Schritt gegangen. Aber auch

auf nationaler Ebene könnten beispielsweise eine verbesserte Abstimmung der Finanzermittlungen zwischen den zuständigen Behörden, eine Novellierung des Vereinsrechtes und eine Umkehrung der Beweislast bei Geldwäsche die Finanzierung von Terror erschweren.

Hohe Professionalität

Am Tagungsende beschäftigten sich zwei Referenten mit der aktuellen Situation im Irak, der Zarqawi-Gruppe und der Al-Quaida. Guido Steinberg, Mitglied der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, machte auf die große Bedeutung des Krieges im



Guido Steinberg beleuchtete die Beziehungen des islamistischen Terrors.

Irak für den internationalen Terrorismus aufmerksam. Jedoch muss ein Unterschied zwischen der sich aufschaukelnden Aufstandsbewegung im Irak und internationalen Terrorgruppen gemacht werden.

Die Struktur der Aufstandsbewegung im Irak bleibt unklar. Es wird davon ausgegangen, dass es sich um einzelne, regionale Gruppen handelt, die zu 95 Prozent aus Irakern bestehen, die keine logistischen oder finanziellen Verbindungen unterhalten und nur durch ein gemeinsames Ziel geeint sind. Die Gruppen zeichnen sich durch große Professionalität aus, auch bei der Nutzung der Medien, und wahrscheinlich hat sich ein fester Kämpferstamm

von ca. 20 000 Mann gebildet, die schon vor dem Aufstand eine militärische Ausbildung absolviert haben. Die Gruppe um den Jordanier Abu Musab az-Zarqawi hat wahrscheinlich momentan ihr Zentrum im Norden des Irak. Vor dem Afghanistan-Krieg hielt sich az-Zarqawi in Afghanistan auf. Die Gruppe ist jedoch kein Teil der Al-Quaida, es besteht zwischen den beiden Gruppen eher ein Zweckbündnis. Grund dafür ist die unterschiedliche Zusammensetzung der Gruppen und die Konzentration az-Zarqawis auf Jordanien, die nicht mit der internationalen Ausrichtung der Al-Quaida zusammenpasste. Seit dem Aufenthalt im Irak ist jedoch eine Veränderung der az-Zarqawi-Gruppe zu beobachten: erstens öffnete sich die palästinensisch-jordanische Gruppe für Iraker und zweitens internationalisierten sich die Ziele. Es häufen sich Hinweise auf zunehmende internationale Aktivitäten der Gruppe: die Bereitschaft und das Personal, um internationale israelische und westliche Ziele anzugreifen, scheint gegeben.

Die Al-Quaida musste sich auch den neuen Rahmenbedingungen anpassen. Während die einfachen Kampftruppen der Al-Quaida im Afghanistan-Krieg stark dezimiert wurden, konnte sich der ideologische Zirkel um Osama bin Laden in Sicherheit bringen. Trotzdem kann heute nicht mehr von einem zentralen, inneren Kreis um bin Laden gesprochen werden, so Wilhelm Dietl, Journalist und Mitarbeiter des Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik. Es haben sich dezentrale, regionale, unabhängige und streng konspirativ arbeitende Gruppen gebildet, die sich auf die Ideologie von bin Laden berufen und ihn als eine Art „Schutzheiligen“ ansehen. Diese werden gegebenenfalls von Spezialisten der Al-Quaida bei der Anschlagsplanung unterstützt. Hinweise deuten auf den Ausbau der Strukturen in Europa hin, was vor allem praktische Vorteile mit sich bringt. Wichtiges Medium für die Terrorgruppen ist das Internet. Hier findet der Informationsaustausch statt, es werden Filme und aufwändige Propaganda veröffentlicht und so das ideologische Futter geliefert. ■

Agnes Becker

Geld oder Liebe?

Solidarität als Leitprinzip der Europäischen Union

Mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten im Mai 2004 bilden nunmehr 25 Länder eine 450 Millionen Menschen umfassende Solidargemeinschaft. Innerhalb der EU findet sich der Solidaritätsgedanke auf vielen Politikfeldern wie der Regional- und Strukturpolitik, der Sozialpolitik, der Entwicklungszusammenarbeit oder der Außen- und Sicherheitspolitik. Das Wohlstandsgefälle zwischen und in den Mitgliedstaaten ist indes ungebrochen. So ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung der zehn reichsten EU-Regionen fast dreimal so hoch wie das der zehn am wenigsten entwickelten Regionen. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten liegt mit ihrem Lebensstandard unter Unionsdurchschnitt.

Auf der Tagung „Geld oder Liebe? Solidarität als Leitprinzip der Europäischen Union“ referierten und diskutierten Politiker und Wissenschaftler in Tutzing über dieses Grundprinzip menschlichen Zusammenlebens.

Solidarität als Verfassungsprinzip

Jürgen Meyer, Mitglied des EU-Verfassungskonvents und ehemaliger Bundestagsabgeordneter, sprach von der Zukunft der EU als Freihandelszone oder Solidargemeinschaft. Der Grundgedanke der Solidarität findet sich in einer Vielzahl von Regelungen in der Verfassung für Europa, insbesondere in der Charta der Grundrechte. Dies wurde auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU in Nizza im Dezember 2000 feierlich verkündet und dokumentiert eindringlich, dass es sich bei der EU nicht nur um eine Wirtschafts-, sondern vor allem um eine Wertegemeinschaft handelt. In sechs Titeln (Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte und justizielle Rechte) werden neben den allgemeinen Menschen- und Bürgerrechten wirtschaftliche und soziale Rechte zusammengefasst. Unter dem Titel „Solidarität“ finden sich Artikel zu gerechten und angemessenen Arbeitsbedingungen, dem Recht auf Bildung, die Gewährleistung des Familienschutzes oder das Zugangsrecht zu Leistungen der sozialen Sicherheit. Ziel war es, die Grundrechte für die Bürger transparenter zu machen und



Jürgen Meyer war Mitglied des EU-Verfassungskonvents.

ihren Rechtsschutz gegenüber den EU-Organen zu stärken.

Gescheiterte Verfassung

Die Charta wurde in den EU-Verfassungsentwurf aufgenommen und dieser von mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten in teils parlamentarischen Verfahren teils per Volksabstimmungen angenommen. Lediglich in Frankreich und den Niederlanden verliefen die Referenden negativ. Laut Meyer

lag in Frankreich das negative Votum in erster Linie an dem Missvergnügen der Bürger gegenüber der französischen Regierung und an einer grundsätzlich negativen Einstellung. Viele sehen die EU auch nicht als Lösung, sondern als Ursache für die wirtschaftlichen Probleme im Land. Könnte eine Wiederholung der beiden Referenden das Problem lösen? Meyer hält dies für politisch unmöglich. Denkbar wäre es, den umstrittenen dritten Teil (Politikbereiche und Arbeitsweise der Union) zu überarbeiten, da weite Teile davon eigentlich nicht in eine Verfassung gehören. Die Entscheidung darüber liegt nun beim Europäischen Rat, also den Staats- und Regierungschefs. Die erhoffte Identitätsstiftung und Integrationswirkung einer Verfassung für Europa lässt somit auf sich warten.

Finalität der Europäischen Union

Die Podiumsdiskussion griff die Antipoden Freihandelszone innerhalb eines Staatenbundes und Solidargemeinschaft innerhalb eines Bundesstaates auf. Der Europa-Abgeordnete Alexander Radwan erläuterte, dass sich Vertiefung und Erweiterung der EU gegenseitig bedingen – eine Vertiefung bei gleichzeitiger Erweiterung sei nicht möglich. Ihren Abschluss findet die Union letztlich nur in der geografischen Begrenzung Europas.

Er machte darüber hinaus deutlich, dass der freie Dienstleistungsverkehr innerhalb der EU oftmals als Gefahr gesehen wird; etwa wenn osteuropäische Handwerker ihre Arbeitskraft im Westen zu Dumpinglöhnen anbieten. Die gleichzeitig entstandenen Geschäftsfelder und Absatzmärkte für westeuropäische Unternehmen werden indes oft übersehen. Die geplante Dienstleistungsrichtlinie soll nun zu einer weiteren Liberalisierung im EU-Binnenmarkt führen. Zwar wurde eine Überarbeitung der Richtlinie, bei der die Sicherung sozialer Standards verstärkt werden soll, im März 2005 auf dem Brüsseler Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs beschlossen. Die Einführung von Mindeststandards würde aber auch dann unter deutschem Leistungsniveau liegen. Gleichzeitig sind die Sozialsysteme in den einzel-



nen Staaten so unterschiedlich gestaltet, dass der Vereinheitlichung hohe Grenzen gesetzt sind. Von einer Solidargemeinschaft in diesem Bereich könne seiner Ansicht nach momentan nicht gesprochen werden.

Bürger einbeziehen

Der bayerische Landtagsabgeordnete Martin Runge betonte, dass Europa nicht weiter vertieft werden könne „ohne den Bürger mitzunehmen“. Nur zu oft nehmen Politiker Europa als Alibi und „Vehikel“, um vom eigentlichen Problem abzulenken. Jörg Vogel von der Bayerischen Staatskanzlei machte zudem die mangelnde Einbeziehung der Bürger für das Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden verantwortlich. Die dauerhafte und nachhaltige Entwicklung Europas hänge entscheidend

von der Zustimmung ihrer Bürger ab. Alexander Siedschlag von der Universität Innsbruck ergänzte, dass ausgehend vom „Schuman-Plan“ die funktionalistische Idee zur gesamteuropäischen Einigung nicht ausreicht und über eine bedarfsgerechte zu einer sektoralen Integration führen muss.

Für die Bestimmung der Finalität der Union ist zunächst die Festlegung des eigenen Standpunktes erforderlich – was wurde in der Europäischen Union erreicht und vor welchen Aufgaben steht sie? Solidarität in der Europäischen Union darf nicht allein von Diplomaten und Regierungen gestaltet werden.

Politiker können und müssen den Bürgern, die politischen Schutz und ökonomische Chancen erwarten, den Weg zeigen, wohin die Reise in Europa geht. Der solidarische Charakter der EU würde dann von ihren Bürgern bestimmt. ■

Martin Schweiger



Europa-Parlamentarier Alexander Radwan (links): Vertiefung und Erweiterung der EU bedingen sich gegenseitig. Rechts Alexander Siedschlag von der Universität Innsbruck. Fotos: Schweiger



Zeichnung: Stuttmann

Interesse an einer aktiven Ostpolitik der EU

Gibt es eine EU-Ostpolitik? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Tagung der Akademie in Zusammenarbeit mit dem polnischen Generalkonsulat und dem Osteuropa-Institut München. Die Veranstaltung war als Bestandsaufnahme der europäischen Politik seit der Osterweiterung vom 1. Mai 2004 konzipiert. Der polnische Generalkonsul in München, Wacław Oleksy, betonte in seiner Einführung, dass die Unterstützung eines „Demokratiegürtels“ östlich der EU-Außengrenze (Ukraine, Weißrussland) und eine kohärente Politik gegenüber Russland (energie- und sicherheitspolitische Fragen) zu zentralen Themen der Europapolitik werden müssten.

Die Frage, ob es überhaupt eine schlüssige EU-Ostpolitik gibt, musste am Ende der Tagung eher verneint werden. Henryk Jarczyk, im BR-Hörfunk verantwortlich für Osteuropa, machte deutlich, dass vielmehr die strategischen Beziehungen wichtiger EU-Länder (vor allem Deutschlands und Frankreichs) zu Russland im Vordergrund stehen.



Krzysztof Miszczak erörterte sicherheitspolitische Fragen.

Polnische Ängste

Wie der Streit um die Ostseepipeline und die Gaspreise zeigt, verhindert diese eher national ausgerichtete Außenpolitik einen einheitlichen Ansatz, der dem gemeinsamen europäischen Interesse (u.a. einer sicheren Energieversorgung) mehr Durchschlagskraft verleihen würde. Darauf verwies vor

allem Krzysztof Miszczak, der Leiter der Auslandsabteilung des polnischen Premierministers. Er erörterte sicherheitspolitische Fragen vor allem im Kontext der russischen Außenpolitik. Den historisch begründeten Ängsten



Józef Olszynski: Gasleitung durch die Ostsee löst in Polen Besorgnis aus.
Fotos: Schweiger

vor einem dominanten Russland könne für Polen nur in den Strukturen der NATO begegnet werden. Dagegen wies Reinhard Rummel von der Stiftung Wissenschaft und Politik bezüglich der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik darauf hin, dass Europa nicht allein auf die militärische Karte setzen, sondern die zivile Komponente der ESVP stärken sollte.

Der Leiter der Wirtschaftsabteilung der polnischen Botschaft in Berlin, Józef

Olszynski, betonte, dass die von Gerhard Schröder und Wladimir Putin ausgehandelte Gasleitung durch die Ostsee in Polen Besorgnis auslöse. Alte Ängste würden in Polen heraufbeschworen, Deutschland könnte sich auf Kosten Polens wieder mit Russland arrangieren. Eigentlich hätte Deutschland als Mitglied der EU auf eine gemeinsame Energiepolitik Europas drängen sollen. In den Beiträgen von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und des polnischen Konsuls Rafał Wolski wurde deutlich, dass die eigentlich hervorragenden deutsch-polnischen Beziehungen periodisch immer wieder unter historisch geprägten „Sensibilitäten“ leiden.

Hingewiesen wurde auch auf die Widersprüche in der EU-Erweiterungspolitik. Während wichtige EU-Mitgliedsländer und die EU-Kommission die rasche Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei forcierten, wurde eine Beitrittsperspektive für die neuen östlichen EU-Nachbarländer eher ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund findet nur langsam eine Debatte über grundsätzliche Konzeptionen einer neuen EU-Ostpolitik statt. Sie wird vor allem auch von den neuen EU-Mitgliedsländern angestoßen, die unmittelbare Grenzen und vielfältige politische und wirtschaftliche Kontakte mit dieser Region unterhalten.

Beitrittsperspektive

Lothar Altmann von der Stiftung Wissenschaft und Politik zeichnete ein positives Bild der bisherigen Erweiterungspolitik und wies darauf hin, wie wichtig die EU-Perspektive als Reformanker für einzelne Länder war. Während Ostmitteleuropa nicht zuletzt aufgrund der EU-Anbindung seit vielen Jahren ein beachtliches Wirtschaftswachstum verzeichnet, kommt – so Hermann Clement vom Osteuropa-Institut München – die Wirtschaft der GUS-Staaten erst in den letzten Jahren deutlich in Schwung. Dabei dominieren noch immer die alten Wirtschafts- und Exportstrukturen Roh-



stoffe und Energie. Clement wies allerdings auch darauf hin, dass der Artikel 49 des EU-Vertrages jedem europäischen Staat das grundlegende Antragsrecht auf EU-Mitgliedschaft ermögliche. Die Ukraine und die anderen östlichen Nachbarländer besitzen damit prinzipiell eine Beitrittsperspektive, die für die nordafrikanischen Staaten nicht gelte.

Faktisch als Substitut für eine perspektivische Mitgliedschaft entwickelte man eine neue Konzeption, die sogenannte EU-Nachbarschaftspolitik. Das Problem dieses Politikansatzes ist aber, dass die prinzipielle Unterscheidung zwischen europäischen und nicht-europäischen Staaten vernachlässigt wird und daher langfristig kaum tragfähig sein kann. Vorgeschlagen wurde daher auch, über ein neues Integrati-

die europapolitischen Initiativen waren Thema des von Volkhart Vincentz (Osteuropa-Institut München) geleiteten Panels.

Der Charakter der „oranzen Revolution“ in der Ukraine als Bewegung breiter Bevölkerungskreise (weniger der Arbeiterschaft wie in Polen) wurde von Bohan Osadcuk (FU Berlin) beschrieben. Peter Hilkes (DGO, Forumnet Ukraine) charakterisierte detailliert das politische System der Ukraine und zeigte auf, dass Kiew klar auf Westkurs gegangen ist. Dagegen machten Alexej Sekarev (EU-Mission in Georgien) und Piotr Pysz (Hochschule für Finanzen und Management in Bialostok) deutlich, dass der weißrussische Diktator Lukaschenko alles daran setze, eine Westorientierung des Landes zu verhindern.

Schwieriger Konsens

Die abschließende, von Heinrich Oberreuter geleitete Podiumsdiskussion thematisierte die neuen Interessenskonstellationen in einer erweiterten Union. Bayerns neue Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Emilia Müller, wies auf die unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten hin. Diese erschwere zunächst zwar die Konsensbildung, man dürfe darüber aber nicht die historische Dimension der Einigung Europas sowie ihre stabilisierende Funktion für die Sicherheit und den Wohlstand des Kontinents vergessen.

Die ungarische Generalkonsulin in München, Maria Båranyi, machte deutlich, dass die Konsensbildung in der EU nicht alleine durch die Erwei-



Bayerns neue Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Emilia Müller (links) wies auf die unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten hin. Rechts die ungarische Generalkonsulin in München, Maria Båranyi. In der Mitte Moderator Heinrich Oberreuter.

onskonzept nachzudenken, das ein stufenweises, konditioniertes Vorgehen vorsieht. Ansätze hierzu sind schon in dem Verhandlungsrahmen für den Balkan und die Türkei erkennbar, doch fehlt bisher eine glaubwürdige Zwischenstufe zwischen Assoziierung und Mitgliedschaft. Sie wäre auch deshalb nötig, weil die Verhandlungen mit einigen Ländern möglicherweise nicht zu einer Vollmitgliedschaft führen.

Rolle der „oranzen Revolution“

Die interne politische Entwicklung in den östlichen Nachbarländern sowie deren innenpolitische Reaktionen auf

Deutlich wurde jedoch auch, dass die „orangene Revolution“ durchaus eine aktivere Ostpolitik der EU zur Folge hatte (siehe letzter EU-Gipfel in Kiew). Russland ist nicht in die Europäische Nachbarschaftspolitik integriert, da es einen Sonderstatus im Rahmen einer „strategischen Partnerschaft“ einnimmt. Dies entspricht auch weitgehend seinem Selbstverständnis als Großmacht. Putins Bestreben, diese Position weiter auszubauen, korrespondiert mit dem stärker werdenden Misstrauen gegenüber westlichen Initiativen. So sollen beispielsweise die Nicht-Regierungsorganisationen mittels neuer Gesetze stärker überwacht werden.

terung komplizierter geworden sei. Vielmehr bestünden variable, oft überlappende Koalitionen: Konflikte zwischen kleinen und großen Mitgliedsländern, zwischen Nettoempfängern und -zahlern und zur Haltung im Irakkrieg. Zudem gewinnen im Rahmen der erweiterten Union die traditionellen regionalen Beziehungen einen größeren Stellenwert. Schließlich betonte der polnische Senator Jerzy Szmit in seinem Beitrag das deutliche Interesse Polens und anderer Mitgliedsländer an einer aktiven, die Demokratie in den Nachbarländern fördernden EU-Ostpolitik. ■

Wolfgang Quaisser

Zwischen Handelskonflikten und neuer Weltwirtschaftsordnung

Neue Mitspieler aus Asien verschieben die Gewichte

Im Dezember 2005 kamen in Hongkong die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) zusammen, um nach einem Kompromiss in der „Doha-Runde“ zur Liberalisierung des internationalen Handels zu suchen. Nach den gescheiterten Konferenzen von Seattle (1999) und Cancún (2003) stellte sich die Frage, ob die unterschiedli-

chen Interessen von Entwicklungs- und Industrieländern überwunden werden können und ob trotz des Protestes der Globalisierungsgegner die laufende Welthandelsrunde erfolgreich abgeschlossen werden kann. Ein Scheitern der Konferenz wurde zwar im letzten Moment verhindert, jedoch muss der nur in Ansätzen formulierte Kompro-

miss in den kommenden Monaten noch im Detail ausgehandelt werden. Im Vorfeld der Hongkong-Konferenz hatte die Akademie zu einer Tagung über „Die WTO zwischen Handelskonflikt und neuer Weltwirtschaftsordnung“ unter der Leitung von Peter Hampe und Saskia Hieber eingeladen.

Hinter der WTO (und dem GATT als ihrem Vorläufer) steht die Idee der internationalen Arbeitsteilung, die im Konzept des ökonomischen Liberalismus eine zentrale Rolle spielt. Peter Hampe zeigte zu Beginn der Tagung die historischen Entwicklungslinien auf: Ende des 18. Jahrhunderts kam als Gegenreaktion auf den Absolutismus und seine merkantilistische Wirtschaftsordnung in allen gesellschaftlichen Bereichen die Idee des Liberalismus auf. Die neue Wirtschaftsordnung sollte von individueller Freiheit geprägt, an den Eigeninteressen der Wirtschaftssubjekte orientiert sowie dezentral und arbeitsteilig organisiert sein. Der freie Wettbewerb und die Arbeitsteilung sollten dabei über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus wirksam werden. Dazu wurde Freihandel gefordert. Die Idee ließ sich allerdings politisch nur schrittweise durchsetzen.

Nach der Weltwirtschaftskrise von 1929/32 brach die Weltwirtschaftsordnung sogar mehr oder weniger auseinander, so dass man für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nach einem neuen Ansatz suchen musste, um die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung wieder nutzen zu können. Der erste Schritt dazu gelang 1948 mit dem Zoll- und Handelsabkommen (GATT).

Richard Senti von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich zeigte auf, dass die Gründung des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) vor allem auf die Initiative



Richard Senti zeichnete die Geschichte der WTO nach.

der USA zurückging. Zuerst war daran gedacht, eine internationale Handelsorganisation (ITO) zu gründen. Als sich dies jedoch verzögerte und schließlich scheiterte, wurde wenigstens der Handel mit Gütern in einem vorgezogenen, provisorischen Abkommen geregelt. 23 Staaten unterzeichneten den Vertrag, der 1948 in Kraft

trat. In seinem Rahmen fanden seitdem acht Handelsrunden statt, in denen hauptsächlich der Abbau von Zöllen vereinbart wurde. Erst ab der sechsten, der sog. „Kennedy-Runde“ von 1964 bis 1967 kamen vor allem Fragen der nichttarifären Handelshemmnisse, der Subventionen und der Zollpräferenzen zu Gunsten der Entwicklungsländer auf die Tagesordnung. Die achte (Uruguay-) Runde beschloss zum einen eine institutionelle Verfestigung der Welthandelsordnung durch Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995 und zum anderen eine Ausweitung des Regelwerks auf Dienstleistungen und immaterielle Güter.

Das WTO-Vertragswerk ist multilateral und dient als Dachorganisation für drei Abkommen: GATT regelt den Handel mit Waren, GATS (General Agreement on Trade in Services) macht Vorgaben für Dienstleistungshandel und TRIPS (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) enthält Bestimmungen für immaterielle Güter. Für bestimmte Bereiche, insbesondere die Landwirtschaft, wurden Sondervereinbarungen getroffen. Die wichtigsten Prinzipien stammen aus dem GATT: das Konsensprinzip (one country, one vote), die Nichtdiskriminierung von Handelspartnern (Prinzip der Meistbegünstigung) und



der Abbau der tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse gemäß dem Prinzip der Reziprozität, d.h. der Gegenseitigkeit der Zugeständnisse. Zusätzlich wurden Aspekte des Umweltschutzes einbezogen und besondere Vergünstigungen für Entwicklungsländer eingeräumt. Das Streitschlichtungsverfahren wurde weiterentwickelt.

Mehr Liberalisierung und Transparenz

Trotz des Qualitätssprungs, den die Schaffung der WTO – ihr sind bislang 149 Staaten beigetreten – bedeutete, steht die Handelsorganisation gegenwärtig vor gewichtigen Problemen und Herausforderungen, wie Jan Bohanes, juristischer Mitarbeiter der Revisions-



Jan Bohanes geht von einer Weiterentwicklung und Festigung der WTO aus. Fotos: Becker

instanz des Streitschlichtungsverfahrens der WTO, im einzelnen verdeutlichte. Die momentan laufenden Verhandlungen der „Doha-Runde“ kreisen um drei Themenbereiche: Weiterführung der Liberalisierung, Weiterentwicklung des WTO-Rechts und vermehrte Unterstützung der Entwicklungsländer. Den wichtigsten Konfliktpunkt stellen dabei Fragen der Landwirtschaft dar, hier vor allem die Öffnung der Märkte der Industrieländer, aber auch Regelungen im Umwelt- und Dienstleistungsbereich. Trotz der schwierigen Verhandlungssituation

ging Bohanes von einem letztlich positiven Ausgang der „Doha-Runde“, sowie einer Weiterentwicklung und Festigung der WTO aus. Auch der Trend zu regionalen Freihandelsabkommen, die dem multilateralen Ansatz der WTO widersprechen, wird von der WTO mit Sorge beobachtet. Zwar kann durch bilaterale Abkommen der Abbau von Handelshemmnissen schneller und weit reichender vereinbart werden, jedoch verstößt dieses Vorgehen gegen die Meistbegünstigungsklausel und kann für eine globale Liberalisierung des Handels hinderlich sein.

Schließlich stehen Fragen der Organisation der WTO auf der Tagungsordnung: So gestalten sich die WTO-Verhandlungen in Anbetracht der zunehmend komplexer werdenden Themen und des vermehrten Engagements der Entwicklungsländer auf der Grundlage des Konsensprinzips immer schwerfälliger. Jedoch steht das Prinzip der einstimmigen Beschlussfassung nicht zur Diskussion, allenfalls bei Verfahrensfragen. Das Streitbeilegungssystem hat sich bewährt. Als Reaktion auf die Proteste bei der Ministerkonferenz in Seattle verstärkte die WTO ihre Zusammenarbeit mit NGO's; beispielsweise waren bei der Konferenz in Cancún 795 Organisationen zugelassen. Dieser Weg zu mehr Transparenz und engerer Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft sollte fortgesetzt werden, empfahl Bohanes.

Verfestigung der bestehenden Verhältnisse

Die WTO ist in den letzten Jahren aber auch zum Symbol der Globalisierung geworden und wird von vielen Globalisierungsgegnern beziehungsweise -kritikern heftig attackiert. Thomas Fritz griff aus der Sicht von „attac“ vor allem folgende Punkte auf:

Erstens stelle die WTO mittlerweile keine reine Handelsorganisation mehr dar. Indem sie mit GATS und TRIPS auch Regelungen für Dienstleistungen und geistiges Eigentum vorsieht sowie technische Normen vorgibt, greife die WTO in die innerstaatliche Rechtssetzung ein. Probleme ergäben sich dann, wenn die Ziele der WTO nicht mit de-

nen der jeweiligen Gesellschaft übereinstimmen. Das gelte insbesondere für Fragen des Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitsschutzes sowie für soziale Aspekte.

Zweitens besitze die WTO durch das Schiedsgerichtsverfahren große faktische Durchsetzungskraft für ihre Positionen. Allerdings könne es gerade von Entwicklungsländern nicht effektiv genutzt werden: Zum einen sei eine Klage sehr kostspielig und aufwändig, zum anderen könne ein positives Urteil eventuell wirkungslos sein. Wegen seiner geringen Marktmacht dürfte es nämlich für ein Entwicklungsland wenig sinnvoll sein, Strafzölle gegen ein Industrieland, das vielleicht auch noch das klagende Land per Entwicklungshilfe finanziell unterstützt, durchzusetzen. Außerdem müsse bedacht werden, dass die Klagevertreter eines Entwicklungslandes nicht unbedingt im Interesse der Mehrheit ihrer Bevölkerung handeln.

Drittens werde das Konsensprinzip zunehmend ausgehebelt: Entscheidungen würden vermehrt in exklusiven Runden vorbereitet, zu denen nicht alle Länder gleichberechtigten Zugang besäßen. Die Ablehnung der ausgearbeiteten Vorschläge gestalte sich speziell für Entwicklungsländer schwierig, da sie meist ökonomisch von den Industriestaaten abhängig und somit erpressbar seien. Durch Zusammenschlüsse versuchten Entwicklungsländer – zum Teil recht erfolgreich – sich diesem Druck zu entziehen.

Zusammenfassend sei jedoch festzuhalten, dass sich in der WTO die bestehenden weltweiten Ungleichheiten widerspiegeln. Die WTO habe, so Thomas Fritz, keine Instrumente, um diese Ungleichheiten abzubauen, sondern trage eher zur Verfestigung der bestehenden Verhältnisse bei.

Neue Mitspieler

Zuletzt warf Jens van Scherpenberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin einen Blick auf die Rolle der USA und der EU in der WTO. Bis zur Uruguay-Runde in den 90er Jahren waren sie in der WTO tonangebend. Jedoch werde spätestens seit dem Scheitern der Ministerkonferenz von Cancún deutlich, dass neue

Spieler – wie China, Brasilien, Indien oder Südafrika – das Parkett betreten haben. So schlossen sich in Cancún erstmals wichtige Entwicklungsländer zusammen und punkteten mit einer abgestimmten Strategie und klar formulierten Forderungen. Auch könne man seit 2003 Gewichtsverschiebungen im Welthandel beobachten. Vor allem China beeindruckt mit enormen Wachstumsraten und befindet sich auf dem Weg, einer der Großen im Welthandel zu werden.

Für die laufende „Doha-Runde“ sieht van Scherpenberg eine geringe Chance zur Einigung. Ihr eventuelles Scheitern würde auf die fehlende Bereitschaft der USA und der EU, ihre Agrarmärkte zu öffnen, zurückzuführen sein. Nur wenn die EU und die USA hier Konzessionen machten und gleichzeitig die großen Entwicklungsländer ihre

Dienstleistungsmärkte öffnen würden, könnte möglicherweise ein „Doha-Pakt“ geschlossen werden.



Jens van Scherpenberg: Gewichtsverschiebungen im Welthandel

Ein weiteres Problem liegt, so van Scherpenberg, in der geringen gesellschaftlichen Unterstützung der Freihandelspolitik. Die großen Protestaktionen und Demonstrationen im Umfeld der WTO-Konferenzen ließen jedenfalls diesen Schluss zu.

Eine bessere Chance, die „Doha-Handelsrunde“ erfolgreich abzuschließen, könnte sich dann ergeben, wenn der Trend zum Regionalismus stocken würde. Entwicklungsländer könnten nämlich einsehen, dass ihre Interessen auf multilateraler Ebene besser durchzusetzen sind, und sich deshalb wieder stärker auf die WTO konzentrieren. ■

Peter Hampe / Agnes Becker



Zeichnung: Stuttmann

Macht und Verantwortung

Strategien und Einflussmöglichkeiten globaler Unternehmen

„Global Players“ sind Unternehmen, die weltweit operieren. Sie üben durch ihre Größe, ihre Kapitalstärke und nicht zuletzt durch ihre Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen erheblichen Einfluss aus. Wie dieser Einfluss zu bewerten ist, wird seit langem kontrovers diskutiert. Im Zeichen der Globalisierung haben diese Fragen noch an Gewicht gewonnen: nationale Politik ist durch die Entscheidungen globaler Konzerne zunehmend in ihren Handlungsspielräumen eingeengt. Die Akademie bot die Gelegenheit – gestützt auf die Expertisen von 17 Referenten – die Zusammenhänge aufzuhellen und gängige Thesen und Vorurteile zu überprüfen. Die Tagungsleitung lag in den Händen von Peter Hampe, Saskia Hieber und Doris Fuchs von der Handelshochschule Leipzig.

Machtzuwachs

Doris Fuchs stellte die Frage, ob die politische Macht der Wirtschaft angestiegen ist. Dabei unterschied sie unterschiedliche Formen der Machtausübung: Bei der *instrumentellen* Macht wird direkter Einfluss auf das Ergebnis von Politik genommen. Die Arbeit der Lobbyisten steht im Vordergrund. Hier ist seit den 70er-Jahren eine deutliche politische Mobilisierung der Unternehmen auf nationaler und supranationaler Ebene zu verzeichnen. Auch die *strukturelle* Macht, also die Fähigkeit, durch Schaffung von wirtschaftlichen Fakten Handlungsoptionen zu bestimmen, nahm nicht zuletzt durch die zunehmende Kapitalmobilität in den letzten Jahrzehnten zu. Fuchs erläuterte dies am Beispiel der Textilindustrie, die in den Entwicklungsländern fast keine eigenen Produktionsstätten besitzt, um so flexibel ihre kurzfristigen Aufträge zwischen lokalen Subunternehmern hin und her zu schieben. Die *diskursive* Macht, Themen in der öffentlichen Debatte zu besetzen und zu bestimmen, funktioniert über die politische Kommunikation in den Massenmedien. Auch wenn die Macht der Unternehmen deutlich zugenommen hat, so Fuchs, werden ihr Grenzen durch den Wettbewerb, durch öffentliche Akteure, aber auch durch die politische Legitimität gesetzt. Ihr Fazit: Globale Unternehmen sind zwar



Helmut Becker (li.) und Heiko Hünsch unterstreichen Verantwortlichkeit für gemeinsames soziales und ökologisches Handeln.



Fotos: Schweiger

mächtige politische Akteure, sie beherrschen uns aber nicht!

Wie sehen die globalen Unternehmen selbst ihre Macht und ihren Einfluss?

Arne Holzhausen von der Dresdner Bank verdeutlichte dies zunächst anhand einiger Zahlen: Seit 1990 verdoppelte sich die Anzahl transnationaler Unternehmen auf 70 000, die mit ihnen verbundenen Unternehmen vervierfachten sich in dieser Zeit auf 700 000. Auf die 100 größten Multis entfallen etwa ein Fünftel der Gesamtumsätze aller transnationalen Unternehmen. Die „Macht“ der Unternehmen sei im Grunde ihre Wettbewerbsstärke. Die werde wiederum durch die Märkte kontrolliert, wobei politische Fehlleistungen transparent würden („Abstimmung mit den Füßen“).

Verantwortung übernehmen

Heiko Hünsch von der Siemens AG argumentierte, dass die Wirtschaft nicht die Politik beherrscht, sondern dass die Globalisierung die Rahmenbedingungen für beide Akteure, Wirtschaft und Politik, vorgibt. Wirtschaft und Politik sollten gemeinsam für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgen. Gegenüber den jeweiligen Anspruchsgruppen – in der Wirtschaft sind dies Kunden, Kapitaleigner und Mitarbeiter, in der Politik die Bürger

und zukünftige Generationen – sollten sie angemessen Verantwortung übernehmen.

Diese Verantwortlichkeit unterstrich auch Helmut Becker, der frühere Chefvolkswirt von BMW. Zwar sei es die primäre Aufgabe von Unternehmen, möglichst hohe Ge-

winne zu erzielen, aber angesichts der (globalen) gesellschaftlichen Herausforderungen stehen sie zunehmend in der Pflicht, auch die soziale und ökologische Nachhaltigkeit ihres Handelns nachzuweisen und sich bürgerschaftlich zu engagieren. Das könne zwar zu kurzfristigen Zielkonflikten führen, liege aber auch im langfristigen Eigeninteresse der Unternehmen.

Den Problemaufriss schloss Harald Klimenta von attac aus Sicht einer Nichtregierungsorganisation ab. Nach seiner Ansicht besitzen die transnationalen Konzerne zuviel Macht und Kontrolle über wirtschaftliche Ressourcen, wissenschaftliche Forschung, Finanzmärkte und Medien. Deren Machtverminderung soll über die



Trennung von Wirtschaft und Staat und durch Stärkung des Primats demokratischer Entscheidungen erfolgen. Seine Vision besteht insoweit in der Schaffung einer kontrollierbaren Marktwirtschaft mit kleingliedrigeren Einheiten, die sich auf Regional- und Binnenmärkte beschränken.

Schutz des Wettbewerbs

Wie kann die Macht der Global Players beschränkt werden? Die wichtigste Gegenkraft sieht die Wirtschaftstheorie im Wettbewerb am Markt. Ihn vor Beschränkungen zu schützen ist inzwischen allseits anerkannte Aufgabe des Staates. Die Wettbewerbsgesetze gelten aber zunächst nur national. Wer sorgt für Wettbewerbsschutz auf der globalen Ebene?

Wernhard Möschel von der Universität Tübingen, langjähriger Vorsitzender der deutschen Monopolkommission, wies zum einen darauf hin, dass die Globalisierung der Wirtschaft den Wettbewerb grundsätzlich intensiviert. Zum andern bewähre sich die Zusammenarbeit der nationalen, insbesondere der europäischen und der US-amerikanischen Wettbewerbsbehörden auf der Grundlage des „Auswirkungsprinzips“. Die nationalen Behörden können danach Wettbewerbsbeschränkungen durch ausländische Unternehmen untersagen, wenn sie sich auf dem Inlandsmarkt auswirken. Überlegungen, darüber hinaus ein „Weltkartellrecht“ mit einem „Weltkartellamt“ zu schaffen, erteilte Möschel eine Absage. Die Risiken einer Verwässerung des Wettbewerbsrechts wären viel zu groß. Für den Dialog der Kartellbehörden ist inzwischen das „International Competition Network“ gegründet worden. „Für mehr scheint die Zeit nicht reif.“

Die Gegenmacht, die mehr und mehr von Nichtregierungsorganisationen ausgeübt wird, behandelte Frank Ebinger von der Universität Freiburg. Diese Organisationen setzen in ihrer Arbeit einen Schwerpunkt auf umweltpolitische Themen und sozialpolitische Fragen wie Asyl-, Menschenrechts- oder Entwicklungspolitik. Ebinger unterschied dabei unterschiedliche Stra-

tegien der NGOs, die so genannten „watch dogs“ und die „kooperativen Herausforderer“. Die watch dogs machen durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam und haben ein klares „Feindbild“. Sie reagieren schnell auf Ereignisse, wie im Jahre 1995 gegen die geplante Versenkung der Bohrinself Brent Spa. Die kooperativen Herausforderer setzen auf den „Runden-Tisch-Dialog“, um längerfristige Effekte zu erreichen. NGO's werden jedenfalls solange gebraucht, solange es noch keine festgeschriebenen und



Frank Ebinger: NGO's werden als Gegenmacht gebraucht.



Wernhard Möschel: Globalisierung intensiviert Wettbewerb in der Wirtschaft.

überprüfbaren internationalen Regelungen für Mindeststandards im Bereich der Umwelt- und Sozialpolitik gibt. Die Entscheidungen globaler Konzerne scheinen – so lautet ein häufig zu hörender Vorwurf – speziell unter Globalisierungsbedingungen die Handlungsspielräume nationaler Politik einzuschränken.

Politische Gestaltung

Adrian Bothe vom Bundeswirtschaftsministerium skizzierte, wie nationale Politik in einem hoch entwickelten Industrieland versucht, die Globalisierungsprozesse gestaltend zu begleiten. Die Globalisierung sei aber kein Konstrukt der Vereinbarung von Staaten, sie entstehe wie alle Märkte spontan, sie brauche dennoch den Schutz ihrer Regelwerke durch die Staaten. Darunter fallen das Diskriminierungsverbot, das Prinzip der Meistbegünstigung im Handel mit Gütern und Dienstleistungen, Vertrauensstandards bei Banken und auf den Kapitalmärkten sowie die Transparenz des Rechts.

Nach Ansicht von Heinrich Kreft vom Auswärtigen Amt (AA) erfordert die Globalisierung der Wirtschaft auch eine Globalisierung des politischen Ordnungsrahmens. Für seine Schaffung sind neben den Vereinten Nationen der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die OECD, die EU, der Global Compact und auch internationale Vereinbarungen wie das Kyoto-Protokoll gefordert. Die Privatwirtschaft und NGOs sind ebenfalls einzubinden. Abschließend betonte er die wichtige Rolle des AA bei der Unterstützung der deutschen Wirtschaft im Ausland. Die Ökonomisierung der Außenpolitik schränke zwar die nationalstaatliche Souveränität ein, aber es entstünden neue Verantwortungspartnerschaften zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die im Interesse aller liegen.

Politik der Anpassung

Edgar Grande von der Universität München äußerte sich zur Auswirkung der wirtschaftlichen Globalisierung auf die Handlungsspielräume des Staates. Nach einer ersten These reduziert die Globalisierung die staatliche Handlungsfähigkeit – der Staat verliert seine strategisch konzeptionelle Eigenständigkeit. Das Ergebnis ist eine Politik der Anpassung. Nach der Gegenposition hat der Nationalstaat nach wie vor große Handlungsspielräume. Die dritte Sichtweise machte sich Grande zu eigen, wonach die Staaten nur in bestimmten Politikbereichen, wie der Umwelt-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik noch eigene Gestaltungsspielräume besitzen. Er stellte dabei Faktoren dar, von denen es abhängt, dass staatliche Politik auch unter den Bedingungen wirtschaftlicher Globalisierung innovativ sein kann. So wurden neue Instrumente eingeführt, wie beispielsweise in der Steuerpolitik niedrige Spitzensteuersätze bei gleichzeitiger Erweiterung der Steuerbasis.



Eine Politik, die sich konzeptionell, organisatorisch und strategisch nicht bewege, werde abgewählt. So laute die zentrale Frage nicht, „was können wir noch, sondern was wollen wir noch können?“

Einmischung ausschließen

Wie behaupten sich speziell Entwicklungsländer gegenüber der „Macht der Multis“? Die kontroverse Diskussion trifft besonders für die Beurteilung privater Direktinvestitionen in Entwicklungsländern zu, die Brigitte Hamm vom Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden ins Zentrum ihres Beitrages rückte. Ausländische Direktinvestitionen stellen heute für Entwicklungsländer eine besonders wichtige Aktivität transnationaler Konzerne dar. Sie sind für viele Länder zur dominanten externen Finanzierungsquelle geworden, die bei weitem die Mittel aus der staatlichen Entwicklungshilfe übersteigt. Die bisherigen zwischenstaatlichen Investitionsabkommen begünstigen allerdings einseitig, so Hamm, die Investoren. Die Vereinten Nationen sollten einen Rahmen schaffen, der eine Einmischung in die Politik der Gastländer ausschließt, indem zum Beispiel die OECD-Leitsätze für multinationale Konzerne durchgesetzt werden.

Über den Stellenwert der Entwicklungspolitik sprach Michael Bohnet vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), der die deutsche Entwicklungspolitik seit Jahrzehnten mitgestaltet hat. Entwicklungspolitik ist gemeinnützig, privaten Unternehmen geht es dagegen primär um Rentabilität. „Aber beides ist kein Gegensatz, die unterschiedlichen Ziele und Instrumente können sich sinnvoll ergänzen.“ Das BMZ versucht, das Investitionsklima in den Entwicklungsländern zu verbessern und die Entwicklung in Richtung einer sozialen und ökologisch verantwortlichen Wirtschaftspolitik zu fördern. Es unterstützt darüber hinaus durch die Gründung eines „Runden Tisches für Verhaltenskodices“ eine sozial verantwortliche Unternehmensführung.

Initiativen

Eine weitere Initiative stellte Paula-Maria Hildebrandt von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) dar, die Public Private Partnerships (PPP). Dieses Zusammenwirken von Staat und privater Wirtschaft hat bestimmte Kriterien zu erfüllen. So



Harald Klimentas Vision: Kontrollierbare Marktwirtschaft mit kleingliedrigeren Einheiten.

müssen die Projekte im Einklang mit entwicklungspolitischen Grundsätzen Deutschlands stehen und dem Partnerland einen spürbaren Nutzen bringen. Am erfolgreichsten sind dabei Projekte, die lokale Unternehmen einbeziehen.

Einen weltweiten Ansatz, den durch Initiative von Kofi Annan gegründeten „Global Compact“, stellte Tanja Brühl von der Universität Frankfurt vor. Er zielt darauf ab, auf der Grundlage von zehn Prinzipien, Global Players zu einem vorbildlichen Verhalten bei bestimmten Standards (u. a. Respektierung der Menschenrechte, Abschaffung von ausbeuterischer Kinder- und Zwangsarbeit, Verbreitung umweltfreundlicher Technologien, Korruptionsbekämpfung) zu veranlassen. Diesem „Compact“ sind inzwischen weltweit 2300 (darunter 50 deutsche) Unternehmen und 150 NGOs beigetreten.

Ergänzend stellte Andreas Blüthner die „Global Alliance for Improved Nutrition“ vor. Ziel dieser 2002 gegründeten Stiftung ist es, die Mangelernährung von einer Milliarde Menschen zu verbessern. Die Allianz besteht aus Organisationen der Vereinten Nationen

(UNICEF, WFP, WHO), Regierungen, Zivilgesellschaften, wissenschaftlichen Einrichtungen und der Privatwirtschaft. Ihre auf langfristige Unterstützung angelegten Arbeitsschwerpunkte liegen in der Information sowie der Medikamenten- und Vitaminversorgung der Bevölkerung. Ob es allerdings gelingen wird, durch die Förde-



Andreas Blüthner: Weltwirtschaft und Weltsozialordnung zusammenführen.

rung solcher und weiterer „Leuchttürme“ die Weltwirtschaft und die Weltsozialordnung zusammen zu führen, werde erst, so Blüthners Resümee, die Zukunft zeigen.

Stefan Engert von der Universität München stellte die Frage nach der Rolle von Unternehmen in Konfliktzonen. Einerseits könnten private Unternehmen als Konfliktverursacher (zum Beispiel Shell in Nigeria oder DeBeers in Angola) oder auch als Katalysatoren (zum Beispiel Söldnerorganisationen in Afrika) wirken. Andererseits könnten sie aber auch zur Konfliktprävention beitragen, zum Beispiel durch die Teilnahme an den bereits erwähnten „Public Private Partnerships“, durch Vermeidung von Korruptionszahlungen oder durch Mithilfe beim Aufbau lokaler Infrastrukturen.

Charles Weston vom Überlinger Kriegswaffenhersteller Diehl VA Systeme warnte diesbezüglich vor allzu großen Erwartungen bezüglich der Möglichkeit von Unternehmen, auf Konfliktlösungen in jenen Ländern Einfluss zu nehmen. Sicherheitsvorsorge sei nicht einmal mehr national möglich. ■

Peter Hampe/Martin Schweiger

Abschied von der Politik

Münchens ehemalige Bürgermeisterin Gertraud Burkert im Gespräch



Eine Herzkrankheit zwang die frühere Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München, Gertraud Burkert, Ende 2005 ihr Amt aufzugeben, das sie 12 Jahre mit Leib und Seele ausgeübt hatte. Vor vier Jahren war sie fast einstimmig von allen Fraktionen wiedergewählt worden. Die 65-Jährige Kommunalpolitikerin und „leidenschaftliche Münchnerin“ sprach bei einem Interviewtraining mit jungen Journalisten über ihr Leben vor der Politik, Karriereknicks, Erfolge und Niederlagen und ihre „Schritte zurück ins Leben“ mit der Familie. Sie empfindet es als schön, jetzt „nicht immer auf die Uhr zu schauen“. Ihre Bilanz aus insgesamt 15 Jahren aktiver, kommunaler Berufspolitik in Deutschlands größter Gemeinde: „Ich konnte mitwirken, in München in schwierigen Zeiten ein wenig Solidarität zu erhalten. Wäre ich immer daheim gewesen, ging's vielleicht meinem Herz besser. Ob ich glücklicher gewesen wäre, bezweifle ich. Und wenn man nicht glücklich ist, ist man auch nicht gesund.“

Text und Foto: ms

Jazz meets Brahms

Kulturnacht-Konzert im neuen Akademie-Foyer



Jazz in perfektem Ambiente: Das Max Grosch Quartett

Voll des Lobes waren die einhundert Gäste des Max Grosch Quartetts, das im Rahmen der zweiten Tutzingener Kulturnacht jazzige Brahms-interpretationen zum Besten gab. Alle waren sich einig, dass die neue Eingangshalle der Akademie mit ihrer Leichtigkeit aus Stahl und Glas den perfekten Raum abgab für die von Improvisation und Kreativität geprägten Auslegungen Brahms'scher Komponierkunst. Die hervorragende Akustik überzeugte Zuhörer und Musiker gleichermaßen und so herrschte am Ende eines gelungenen Abends Einigkeit: Dies war wohl das erste, aber sicherlich nicht das letzte Konzert im Foyer der Akademie.

Text und Foto: schw

STARNBERGER MERKUR vom 13. Dezember 2005:

Demografischer Wandel: Deutsche altern konzeptlos

Experten diskutieren in Akademie, ohne Perspektiven zu haben

Mehr oder weniger ratlos scheinen die Experten dem allseits vorhergesagten demografischen Wandel in Deutschland entgegenzublicken. Sie sammeln Daten, sie mahnen und warnen, aber sie haben bislang kein Patentrezept gegen die zunehmenden Altersprobleme der Deutschen: Wenn im Jahre 2040 rund 38 Prozent der Menschen über 60 Jahre alt sein werden, dann sollten sie auf diese soziokulturelle Situation vorbereitet sein – stattdessen altert man hierzulande bislang eher konzeptlos, bis auf Johannes Heesters (102) vielleicht.

Die Politische Akademie Tutzing beschäftigte sich zwei Tage lang mit der Frage, was der demografische Wandel denn nun zu bedeuten habe: Fluch oder Segen? Glaubt man dem als Kassandra-Rufer geltenden Demografen Prof. Meinhard Miegel vom Bonner Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, dann lässt momentan „nicht nur die Geburten-, sondern auch die Sterbefreudigkeit der Deutschen stark zu wünschen übrig“, was bei den Geburten an einer zivilisationsbedingten Entfremdung von der Natur liegen könnte, bei der Sterblichkeit am rasanten medizinischen Entwicklungsfortschritt.

Kulturelle Randnotiz: auch die Lebenserwartung von Haus- und Zootieren steigt seit dem Zweiten Weltkrieg entsprechend proportional.

Hoffnung auf mehr Kinder illusorisch

Miegel macht sich keinerlei Illusionen, dass man durch staatlich lenkende Eingriffe die „Wiederentdeckung der Option Kind“ jungen Paaren so einfach wieder schmackhaft machen könnte. Über eine reine Beschreibung der sich abzeichnenden Bevölkerungsentwicklung kam beim abschließenden Podi-

umsgespräch kaum einer hinaus. Die Tagung hatte eigentlich auch „Probleme, Perspektiven, Handlungsmöglichkeiten“ diskutieren wollen. Hier war zu sehen, dass die Politik übers pure Datensammeln hinaus noch immer keine schlüssigen Konzepte hat, wenn es um den gesellschaftlichen Alterungsprozess geht.

Susanne Tatje, Projektleiterin Demografische Entwicklung der Stadt Bie-

lefeld, bekannte freimütig: „wir wissen im Grunde gar nicht, was da auf uns zu kommt.“ Langfristiges Planen für eine ganze Stadt sei da schwierig. Und Hans Bertram von der Humboldt-Universität Berlin musste gar zugeben: „Wir beobachten einen Swing von eher flüider Intelligenz zu einer eher kristallinen.“ Sollte wohl heißen: Altersstarrsinn ist schwer im Kommen.

Wilhelm Hölkemeier in SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG vom 16. Dezember 2005:

Stöcke-Klackern statt Kindergeschrei

... Im Jahr 2050 werden in Deutschland statt der heute 82 Millionen Menschen nur noch 67 bis 75 Millionen leben – je nachdem, wie viele Zuwanderer ins Land kommen.

Der Altenquotient, das ist die Relation der 60-jährigen und älteren Menschen zur Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen, wird sich bis dahin verdoppeln. Heute kommen auf 100 Personen im besten Erwerbsalter 44 über 60-Jährige, zur Mitte des Jahrhunderts werden es bei optimistischer Berechnung etwa 80 sein. Um das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Ruheständlern stabil zu halten, müssten die heute 30-Jährigen bis zum 73. Lebensjahr arbeiten. Das aber scheint utopisch in einer Gesellschaft, in der gerade noch 40 Prozent der über 55-Jährigen einer Erwerbsarbeit nachgehen und fast die Hälfte aller Betriebe niemanden mehr beschäftigt, der älter als 50 ist.

Am deutlichsten sichtbar sind die auf uns zukommenden Probleme in den Sozialsystemen. „Wir haben als Antwort auf die demographische Entwicklung mehr getan als alle anderen“, behauptet etwa Professor Franz Ruland,

der gerade aus dem Amt geschiedene Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherer. ...

... Der Preis der Reformen freilich ist hoch und führt manchen Betroffenen geradewegs an den Bettelstab. Langzeitarbeitslose etwa erwerben pro Jahr ohne Job nach Hartz-IV gerade einen Rentenanspruch von monatlich 2,18 Euro. Ruland: „Die werden gnadenlos der Altersarmut ausgeliefert.“ Skeptiker wie der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg rechnen vor, dass die Rentenreformen schon bis zum Jahr 2030 eine Senkung des Rentenniveaus um 17 Prozent bedeuten und dass die dramatischsten Auswirkungen der sinkenden Bevölkerungszahlen erst dann beginnen. Noch größere Probleme erwartet Birg bei der Kranken- und Pflegeversicherung, wo bisher noch keine Systemreform gelungen ist. „Beitragslasten für die Aktiven in nicht akzeptablem Ausmaß, wachsende Lücken in der Versorgung, immer teurere Zusatzversicherungen“ – laut Birg die Auswirkungen der Alterung auf das Gesundheitssystem. ...

(Siehe Bericht Seite 20)

Nicola Seipp in Starnberger Neue Nachrichten / SZ vom 19. Januar 2006:

Poetisches Vermächtnis

Lyriker Ahmed Bekheet in der Politischen Akademie

Die arabische Literatur der Gegenwart war am Dienstagabend Gegenstand des künstlerisch-literarischen Teils der Tagung „Krisenherd Naher Osten“, die in dieser Woche in der Akademie für Politische Bildung stattfindet. Vor allem die Situation der zeitgenössischen Lyrik im arabischsprachigen Raum war Thema in dem Vortrag des ägyptischen

arabischen Lebens sehen. „Die Gedanken der Arabischen Welt sind in der Lyrik fest verankert“, betonte der 39-jährige Dichter, der für sein lyrisches Werk gerade in Kairo mit dem hoch angesehenen Mohammed-Hassan-Fiki-Preis der saudischen Yamani-Stiftung ausgezeichnet wurde. Schwer hätten es arabische Schriftstel-

che zu nutzen, gelte dagegen ausschließlich der Text an sich als Maßstab, unabhängig davon, welcher Strömung er angehöre. Die Schwierigkeiten der arabischen Lyrik seien indes nicht anders als an anderen Orten auf der Welt: So habe allgemein die Revolution der Informationstechnologien die Interessen der Menschen weg-gelagert von den alten kulturellen Tätigkeiten.



Von der Schwierigkeit, lyrische Schätze zu öffnen (v.li.): die Autoren Ahmed Bekheet und Raid Naim
Foto: Treybal

Lyrik sei immer ein Fundament der arabischen Gesellschaft gewesen, beschreibt er den Wandel weiter, doch heute werde sich zunehmend der Prosa hingewendet, die eben auch einfacher zu übersetzen sei. „Heute ist der Roman das Buch der Araber und nicht mehr die Lyrik.“ Er selbst wisse um die Schwierigkeiten, die lyrischen Schätze zu öffnen, also in andere Sprachen zu übersetzen. Gerade habe er dies bei einem Übersetzer-Workshop erfahren.

Während seines Vortrags wurde er vom Schriftsteller und Übersetzer Raid Naim, der 1999 für seine Kurzgeschichten ein Literaturstipendium der Stadt München erhielt, übersetzt. Und im Anschluss an den Vortrag lasen Bekheet und Naim jeweils Auszüge aus ihrem literarischen Werk. „Warum schenkt die Liebe uns nicht Vergeltung? Die Trauer keinen Trost?“, fragt Bekheet in seinen Zeilen und fesselt sogar in der für die meisten Hörer fremden Sprache mit der rhythmischen Kraft und dem farbprächtigen Klang in seiner Dichtung.

Literaturwissenschaftlers und Lyrikers Ahmed Bekheet, der zurzeit als Stipendiat in der Feldafinger Villa Waldberga zu Gast ist, und der in seinen Ausführungen den hohen Stellenwert der Lyrik nicht nur in der arabischen Literatur, sondern auch in der Gesellschaft unterstrich: So könne man die ganze Geschichte Arabiens in der Lyrik erkennen und diese auch als eine Zusammenfassung des politischen, religiösen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

ler, die etwas Neues schaffen wollten, so Bekheet weiter, da sie sich mit einer langjährigen Geschichte und einer an Formen und Arten sehr reichen Lyrik auseinandersetzen müssten. Mit Beginn der modernen Lyrik veränderten sich auch deren traditionelle Formen und es bildeten sich neue, verschiedene Strömungen. „Sehr, sehr modern“ sei heute die Prosalyrik. Für Bekheet selbst, der in seiner Lyrik versucht, alte Formen und moderne Spra-

Jahresbibliografien 2005

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

(Hrsg.): Das menschliche Maß aller Dinge. Gedenkschrift für Manfred Hättich.
Akademischer Verlag. München 2005

Quo vadis, politische Bildung? Eine „Brandrede“ zur Situation und den Perspektiven der politischen Bildung in Deutschland. In: Zukünfte. Zeitschrift für Zukunftsgestaltung & Vernetztes Denken, Nr. 49/Frühjahr 2005, S. 13-16

Zwiespältige Pax americana. Eine realpolitische Betrachtung.
In: Hirschberg, 58. Jg. Heft 5/Mai 2005, S. 261-265

Rechtserziehung. In: Wolfgang Sander (Hrsg.) (2005): Handbuch politische Bildung. 3., völlig neubearbeitete Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 326-334

Parlamentarismus in der Talkshow-Gesellschaft: Wichtigtuer und Wichtiges tun.
In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 36, Heft 3/2005, S. 508-516

Bayerische Akzente – Zum Gestaltungsanspruch der CSU auf Bundesebene.
In: Politische Studien, Heft 403, 56. Jahrgang, September/Okttober 2005, S. 39-46

Erinnerungskultur. Zeitgeschichtliche, politikwissenschaftliche und moralische Aspekte.
In: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Heft 4/2005, S. 20-29

In memoriam Manfred Hättich. In: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Das menschliche Maß aller Dinge. Gedenkschrift für Manfred Hättich. Akademischer Verlag. München 2005, S. 9-14

Bildungspolitik in der Wissensgesellschaft. In: Festschrift Albrecht-Altdorfer-Gymnasium 1880-2005, Regensburg 2005, S. 108-115

Dr. Wolfgang Quaisser

Die Europäische Union im Konflikt zwischen Vertiefung und Erweiterung.
In: Ifo Schnelldienst Nr. 15 2005, 58 Jg., (31-31 KW 12. August 2005); S. 9-12

Turkey's Road to the EU: Political Dynamics, Strategic Context and Implications for Europe (mit St. Wood). In: European Foreign Affairs Review, Vol. 10, No. 2, Summer 2005, S. 147-173

Die Türkei auf dem Weg nach Europa? (mit St. Wood). In: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Der Islam im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog. Wiesbaden 2005, S. 111-122

Dr. Michael Schröder

Zeitungszukunft – Zukunftszeitung. Der schwierige Gang der Tagespresse in die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. (Hrsg. zusammen mit Axel Schwanebeck)
Verlag Reinhard Fischer München 2005 (2. Aufl.)

Die Zeitungslandschaft verändert sich. In: Zeitungszukunft – Zukunftszeitung. Der schwierige Gang der Tagespresse in die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. (Hrsg. zusammen mit Axel Schwanebeck). Verlag Reinhard Fischer München 2005 (2. Aufl.), S. 9-22

Dr. Manfred Schwarzmeier

Grundkurs Politikwissenschaft: Studium der politischen Systeme. Eine studienorientierte Einführung. (Zus. mit Bernhard Schreyer), 2., durchgesehene Auflage
VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005

Waldemar von Knoeringen. Antinazi, Antikommunist, Demokrat aus Leidenschaft. In: Freiheit und Recht. Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur, Nr. 1/2005, S.5

Dr. Jürgen Weber

Geschichte erleben, Bd.5 für die 10. Jahrgangsstufe der Realschulen: Zeitgeschichte (Mitautor), hrsg. von Dieter Brückner und Hannelore Lachner. C.C. Buchners Verlag Bamberg 2005, 183 S.

Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945 – Arabische Ausgabe.
Dar Alhikma Publishing and Distribution, London 2005, 420 S.

Das italienische politische System hat seit 1992 einen so tief greifenden Wandel durchgemacht, dass viele Autoren das Entstehen einer „zweiten Republik“ konstatierten. Diese These gründet jedoch im Wesentlichen auf der Beobachtung einer grundlegenden Transformation des Parteiensystems in den 1990er Jahren. Dagegen ist auffallend, dass es zu einer Verfassungsreform bisher nicht gekommen ist, die Verfassungsordnung von 1948 weiterhin fast unverändert gilt, lediglich das Wahlsystem, das aber gerade nicht in der Verfassung geregelt ist, 1993 reformiert wurde. Dies ist umso bemerkenswerter, als eine ausgeprägte Verfassungsdebatte in Italien durchaus existiert. Beide Kammern des Parlaments haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht weniger als drei Anläufe unternommen, die Verfassung grundlegend zu überarbeiten, indem jeweils paritätisch mit Mitgliedern beider Kammern besetzte Kommissionen zur Ausarbeitung einer Verfassungsreform (so genannte Bicamerale) eingesetzt wurden, die jedoch stets scheiterten. Stefan Köppl

Stefan Köppl:

Italien: Transition ohne Reform?

Gescheiterte Anläufe zur Verfassungsreform 1983 – 1998 im Vergleich Stuttgart 2003, ibidem-Verlag, 206 S., EUR 29,50

ihnen, auch nur grobe Übereinstimmung über die anzustrebende Reformrichtung. Zudem wechselten die Parteien gelegentlich sogar kurzfristig ihre Positionen, wie zuletzt 1998 Berlusconis Forza Italia, die auf diese Weise der dritten Bicamerale den Todesstoß versetzte. Da fast alle Parteien Vetopotenzial besaßen, in dem sie drohen konnten, die Regierung (oder das oppositionelle Wahlbündnis) zu verlassen, überrascht die faktische Unmöglichkeit einer Verfassungsreform kaum mehr. In der Schlussbetrachtung wird die Wahrscheinlichkeit eines zukünftigen Re-

formerfolgs daher auch skeptisch beurteilt – gleichwohl wird zu Recht hervorgehoben, dass einige Strukturdefekte der italienischen Demokratie auch ohne Verfassungsreformen beseitigt werden konnten, nicht zuletzt weil die Transformation des Parteiensystems auch erhebliche Auswirkungen auf das Funktionieren des politischen Systems hatte.



Berlusconis Verfassungsreform ...

Zeichnung: Stuttmann

legt mit seiner Monographie nun den ersten systematischen politikwissenschaftlichen Vergleich der drei Anläufe zur italienischen Verfassungsreform und ihres Scheiterns vor. ...

Politikverflechtungsfalle

Köppl diagnostiziert für die italienische Verfassungspolitik eine Politikverflechtungsfalle, da es gerade die Strukturdefekte der italienischen Verfassung, die mit der Reform gelindert werden sollten, waren, die eine Reform unmöglich machten. Die Parteienzersplitterung übersetzte sich in ein weites Spektrum an Reformvorstellungen; häufig gab es nicht einmal innerhalb der Parteien, geschweige denn zwischen

Stefan Köppls Arbeit gebührt Lob, schließt sie doch eine Forschungslücke. Die Systematik der empirischen Analyse ist überzeugend und auch die Verknüpfung von Theorie und Empirie ist insgesamt gelungen. Aufgrund der Fragestellung nach den Möglichkeiten und Grenzen der Selbstreform politischer Systeme verdient sie darüber hinaus nicht nur das Interesse der Italienforscher, sondern auch die Aufmerksamkeit eines größeren Publikums. Diesem erschwert der Autor den Zugang leider unnötigerweise dadurch ein wenig, dass er zu häufig italienische Zitate ohne eine deutsche Übersetzung verwendet. Doch dies kann die positive Gesamtbeurteilung des Buches nicht schmälern.

Reimut Zohlhörer in: ZfP 52.Jg. 2/2005

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

9-1* 2. – 4. März

Karl Mannheim

Leben, Werk, Wirkung und Bedeutung für die Osteuropaforschung
In Kooperation mit der Hochschule der Sächsischen Polizei und der Sektion
„Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

10-1* 6. – 9. März

Feindbild Globalisierung? Schülerforum Politik

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Stefan Köppl
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

11-1* 13. – 15. März

Zwischenbilanz des Zuwanderungsgesetzes

Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

11-2 17. – 19. März

„Religiöse Musikalität“

Ein Fundament normativer Politikorientierung?

Leitung: Heinrich Oberreuter/Miriam Wolf
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

12-1* 20. – 24. März

Bayerns Weg in die Moderne

200 Jahre bayerische Geschichte seit der Erhebung zum Königreich
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

12-4 24. – 25. März

Arbeitslosigkeit ohne Ende?

Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der neuen Bundesregierung in der Kontroverse
Leitung: Wolfgang Quaisser/Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

13-1* 27. – 31. März

Die Gemeinde als politischer Handlungsraum

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Eva-Maria Post

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

13-2 27. – 31. März

Auf dem Weg in die neue Bürgergesellschaft

Die Rolle des Lokaljournalisten zwischen Politik und Gesellschaft

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

13-3 28. März

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

April

13-4 31. März – 2. April

De-Industrialisierung ohne Grenzen?

Leitung: Peter Hampe/Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

14-1* 3. – 7. April

Ethikunterricht an Beruflichen Schulen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Miriam Wolf/Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

14-2 3. – 7. April

Nachhaken und Durchblicken

Recherchetraining für Volontäre in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

14-3 7. – 9. April

Neue Forschungen zu den Nachrichtendiensten in Deutschland

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Geschichte der Nachrichtendienste e.V.

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

16-1 21. – 22. April

Sanierungsfall Sozialstaat? Konzepte der neuen Regierung in der Diskussion

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

7-1* 24. – 26. April

Neue Wege des Sozialkundeunterrichts

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

17-2* 24. – 26. April

Neue Wege des Sozialkundeunterrichts

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

17-3* 24. – 26. April

Grundfragen der Staatsbürgerlichen Bildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Claudia Reichmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

17-4* 26. – 28. April

Probleme der politischen Bildung an Realschulen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg/Siegfried Münchenbach/Alexander Ohgke

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

17-5 28. – 30. April

Sport und Politik

Leitung: Michael Piazzolo/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Mai

8-1* 3. – 5. Mai

Agenda 21 – Baustein der nachhaltigen Entwicklung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg/Hans Fendt

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

18-2 5. – 6. Mai

Opfergeschichten – Opfergeschichte:

Politische Verfolgung unter NS-Herrschaft und Stalinismus

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

18-3 7. – 10. Mai

Am Puls der Hauptstadt: Politiker – Journalisten – Lobbyisten

Studienreise nach Berlin für Journalisten in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder/Helmuth Rücker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Achtung: erhöhte Tagungsgebühr!

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

19-1* 8. Mai – 10. Mai

Die Rolle der Parteien in Deutschland

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Piazo/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

19-4* 8. – 10. Mai

Neue Mächte, neue Konflikte

In Kooperation mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

19-2 12. – 14. Mai

Vom Vorbild zum Zerrbild – Politiker-Image in der Mediokratie

Leitung: Heinrich Oberreuter/Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

20-1* 15. – 19. Mai

Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser/Günter Grunick

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

20-2* 15. – 19. Mai

Jugendliche und Recht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Piazo/Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

20-3 21. – 23. Mai

Politik im Hörfunk – Workshop für Radioleute

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Michael Schröder/Berthold Flöper

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

21-1 26. – 28. Mai

Geschlechtergerechtigkeit im Bologna-Prozess: Der europäische Diskurs

In Zusammenarbeit mit der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an bayerischen Hochschulen

Leitung: Miriam Wolf/Ulla Mitzdorf/Ingrid Huber-Jahn

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

22-1* 29. – 31. Mai

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an Gymnasien

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder/Heinz Lehmeier

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

23-4* 6. – 9. Juni

Weiterbildung Jugendoffiziere (WBK IV)

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

23-1 11. – 14. Juni

Internationale und regionale Konflikte

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber/Harald Geiss

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

24-1 18. Juni

Wenn Mozart heute zur Schule ginge ...

Ein Gespräch über Bildung

9. Passauer Tetralog im Rahmen der Europäischen Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

25-1* 19. – 23. Juni

Visuelle Kommunikation

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder/Jutta Gruber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

25-2* 19. – 23. Juni

Zwischen laizistischem Staat und islamischer Kultur – Beitrittskandidat Türkei

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg/Wolfgang Quaisser/Angelika Klemenz-Klebl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

25-3 23. – 25. Juni

Menschenwürdige Wirtschaftsordnung

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Leitung: Heinrich Oberreuter/Ulrich Blum/Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

26-2 28. Juni

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

26-3 30. Juni – 1. Juli

UNO – Lässt sich Frieden organisieren?

In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Leitung: Saskia Hieber/Michael Piazzolo

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei jenen Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltsmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für zahlreiche wichtige Tagungen, bei Publikationsprojekten und der Ausstattung der Akademie durch projektbezogene Spenden. Nicht zuletzt wurde der Akademiebus durch den Förderkreis finanziert.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt Euro 30,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51
Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50
Konto-Nr. 430 592 477

An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

☐ Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.

☐ Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter sprach zu Problemen und Zukunftsaussichten der Großen Koalition in Nürnberg, über christliche Politik im programmatischen Wandel im Rahmen einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung in München. Im CSU-Vorstand analysierte er die Bundestagswahl 2005. In Weilheim trug er zur Zukunft der Europäischen Union vor, in der Münchner Residenz zu Deutschland in der Konstellation von 2006, in Landshut über Grundwerte und Grundsatzprogrammatik. Politische Lageanalysen unterbreitete er auf Klausurtagungen im Kloster Irsee (CSU-Schwaben) und in Regensburg (Landesvorstand der FDP). Am Albrecht-Altdorfer-Gymnasium Regensburg referierte er zum Thema Politik und Vertrauen. Bei den Münchner Medientagen nahm er an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Medien studieren – privat, staatlich, im Ausland oder nebenbei“ teil.

PERSONALIE

Karin Siebert ist seit 1. Februar 2006 Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Wir werden sie in der nächsten Ausgabe näher vorstellen.

KOLLEGIUM

Dr. Wolfgang Quaisser hielt auf einer vom Institut für Europäische Politik in Berlin organisierten Veranstaltung ein Referat über die ökonomischen Aspekte der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und erörterte die EU-Perspektive des Landes. Zum gleichen Thema diskutierte er in Frankfurt/Main auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung. Am Jahrestag des Mauerfalls referierte er vor der Mittwochsgesellschaft des Alt-Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum Thema: „Die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland im Vergleich zu anderen ehemaligen Ostblockstaaten“. Schließlich hielt er im Rahmen des 9. Europaforums des Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik in Wien ein Referat zum Thema: Die Union als einheitlicher, kohärenter Akteur auf internationaler Ebene? – Wirtschaftliche Aspekte. Für das WS 2005/06 hat er in Kooperation mit Prof. Gumpel die Vorlesung „Vergleich von Wirtschaftssystemen“ an der Hochschule für Politik übernommen.

Stefan Köppl bot an der Universität Passau im Rahmen eines Lehrauftrages im Wintersemester 2005/2006 ein Proseminar zum Thema „Constitutional Engineering? Institutionelle Reformprozesse in etablierten Demokratien“ an.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

.....

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ.....Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing